

Beilage
Begründungen und Erläuterungen
Laufende Rechnung

Seite Budget-
Titel Nr.

0 Räte

105 **0102** **Regierung**
318 Dienstleistungen und Honorare
Der Rahmenkredit für Aufträge an Dritte im Zusammenhang mit departementsübergreifenden Projekten wird ab 2012 um Fr. 100'000 reduziert.

Seite Budget-
 Titel Nr.

1 Staatskanzlei

- 106 **1000 Staatskanzlei**
- 301 Besoldungen**
 Mehrkosten infolge Treueprämien.
 50 % Stellenerhöhung Parlamentarischer Kommissionsdienst.
- 310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen**
 Im 2012 finden die Kantonsratswahlen und die Majorzwahlen statt. Druckkosten für die Abstimmungsunterlagen.
- 312 Informatik**
 Wegfall der Projektkosten für das Redesign/Migration des Gallex.

107 1050	Materialzentrale	Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
	311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge			
	– Neubeschaffung VW-Bus für Postdienst . . .	+50'000	0	0
	– Ersatz Frankiermaschinen	+70'000	+35'000	0
	– Neubeschaffung der Frankiermaschine im Postbüro	+35'000	0	0
	Total	+155'000	+35'000	0

- 435 Verkaufserlöse**
 Erlösminderung aus den Kopiervolumen. Die Farbdruckaufträge werden vermehrt durch die Kunden mit den neuen MUFU-Geräten erledigt.

Seite Budget-
Titel Nr.

2 Volkswirtschaftsdepartement

108 **2050 Amt für öffentlichen Verkehr**

318 Dienstleistungen und Honorare

Die Projektierungsarbeiten für Infrastrukturausbauten (Vorprojekte, Auflage- und Bauprojekte) der Konzepte S-Bahn Zürich 4. Teilergänzungen und Angebotsplanung Ost 1. Teilergänzung führen in den Jahren 2013 und 2014 zu einem zusätzlichen Mittelbedarf. Aktivierung der Projektierungskosten über Konto 2050.489.

360 Staatsbeiträge

Mit dem Ausbau des Fahrplangebots, der gemäss Strategieplan öffentlicher Verkehr (SPÖV) und 4. ÖV-Programm 2009–2013 umgesetzt wird, sowie mit dem geplanten Rollmaterialersatz der Bahnen erhöhen sich die Abgeltungen an die Transportunternehmen. Gemindert werden sie im Jahr 2012 um 1.55 Millionen Franken durch den Wegfall der Entschädigung an den Zürcher Verkehrsverbund für die Vorfinanzierung der Durchmesserlinie Zürich. Durch den Fahrplanausbau der S-Bahn St.Gallen 2013 und durch zusätzliche Angebotsausbauten auf den davon betroffenen Buslinien steigt der Abgeltungsbedarf ab 2014. Der Erneuerungsbedarf bei der Privatbahninfrastruktur führt zu steigenden Abschreibungen und dadurch zu einer Erhöhung der Infrastrukturabgeltung. Ebenfalls darin enthalten ist die Abgeltung für die dynamische Fahrgastinformation der Busse in der Agglomeration St.Gallen. Die Kosten für die dynamische Fahrgastinformation der Bahnen werden derzeit erst ermittelt und sind deshalb noch nicht in den Planzahlen enthalten. Wie weit sich zudem der Finanzbedarf für die Infrastrukturabgeltung aufgrund der geplanten Neuregelung der Infrastrukturfinanzierung zwischen dem Bund und den Kantonen (Bahnreform 2) ändert, ist noch nicht verlässlich abschätzbar.

460 Beiträge für eigene Rechnung

Die steigenden Abgeltungen für Angebotsausbauten (vgl. Konto 2050.360) führen zu höheren Gemeindebeiträgen.

489 Bevorschussungen

Bevorschussung von Projektierungsarbeiten für Infrastrukturausbauten gemäss Konto 2050.318.

109 **2100 Kantonsforstamt**

312 Informatik

- waldIT: Modul 4
- Aktenmanagement ECM
- waldIT: Erneuerung

Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
-------------------------	-------------------------	-------------------------

0	+248'500	–248'500
0	+100'000	–85'000
0	+400'000	–400'000

Total

0	+748'500	–733'500
----------	-----------------	-----------------

360 Staatsbeiträge

- Produkt Schutzbauten
- Produkt Waldwirtschaft
Reduktion Beiträge an Waldwirtschaft in den Bereichen Jungwaldpflege um Fr. 449'000 (gemäss Abbaustrategie 2010 der Leistungsgruppe Nutzung natürlicher Ressourcen Wald) und Betriebszusammenschlüsse um Fr. 55'000. Vgl. Abnahme Bundesbeiträge Konto 2100.460.
- Produkt Biodiversität
Keine Veränderung des Kredits infolge Halten-Strategie 2010 der Leistungsgruppe Biodiversität.
- Produkt Schutzwald

+939'000	0	0
–504'000	0	0
0	0	0
+1'948'900	0	0

Total

+2'383'900	0	0
-------------------	----------	----------

Kompensation altrechtlicher, auslaufender Projekte, welche neu über NFA abgewickelt werden müssen. Nachholbedarf, aufarbeiten von Pflegerückständen Schutzwald gemäss den von der Regierung beschlossenen Waldzielen und der Ausbaustrategie 2010 der Leistungsgruppe Naturgefahrenmanagement. Enthalten ist ein Teuerungsausgleich von 5% für die zweite NFA-Periode 2012–15 (erste NFA-Periode 2008–11 ohne Teuerungsausgleich).

Seite Budget-
Titel Nr.

			Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
109	2100	Kantonsforstamt (Fortsetzung)			
		460 Beiträge für eigene Rechnung			
		– Produkt Schutzwald	+760'000	0	0
		– Produkt Schutzbauten	+252'000	0	0
		– Produkt Waldwirtschaft	–95'000	0	0
		– Produkt Biodiversität	0	0	0
		Total	+917'000	0	0

Siehe Begründung zu Konto 2100.360.

109 **2101 Staatswaldungen**
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge
Ersatzbeschaffung Forstspeziialschlepper im Jahr 2011.

			Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
112	2150	Landwirtschaftsamt			
		312 Informatik			
		– Die Arbeitsprozesse im Bereich der Strukturverbesserung weisen Verbesserungs- potenzial auf. Zur Umsetzung desselben ist vorgesehen, eine Informatikstrategie zu entwerfen und anschliessend die erforder- lichen informatikunterstützten Arbeits- instrumente zu realisieren.	+100'000	–100'000	0
		– GIS-Agricola: Zusätzlich zum Agrarinforma- tionssystem «ASA 2011», das durch den Bund verwirklicht wird, sollen im Kanton St.Gallen die Landwirte die Flächendaten ihrer Grundstücke GIS-unterstützt im Internet erfassen können.	0	+400'000	–400'000
		– Aktenmanagement	+80'000	–80'000	0
		– Betriebskosten	0	+21'400	+20'000
		Total	+180'000	+241'400	–380'000

360 Staatsbeiträge
Reduktion von Beiträgen im Bereich Hochbau und gewerbliche Kleinbetriebe im Berggebiet (–Fr. 100'000) und im Bereich Projekte zur regionalen Entwicklung (PRE, –Fr. 45'000).

113 **2156 Landwirtschaftliches Zentrum SG**
301 Besoldungen
Verzicht auf Projekte und Verminderung von Beratungs- und Weiterbildungsleistungen, was zu Personalabbau im Umfang von 170 Stellenprozenten führt.
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge
Umfangreiche Investition in Arbeitsmaschinen und -geräte im Jahr 2011.

113 **2300 Amt für Arbeit**
Ob die Arbeitslosenzahlen von heute an über Jahre auf hohem Niveau verharren, ist heute nicht schlüssig vorherzusagen. Da zudem im Amt für Arbeit im Wesentlichen nur das Konto 2300.350 «Entschädigungen an Bund» die Finanzplanung des Kantons beeinflusst (Rest via Bund refinanziert), wird auf die Begründung der Abweichungen auf einzelnen Konten verzichtet. Beim Kantonsbeitrag wird nach einem leichten Rückgang im Jahr 2011 mit dem Ansteigen des Aufwands ab dem Jahr 2012 gerechnet.

Seite Budget-
Titel Nr.

114	2301	Arbeitslosenkasse	Für die Arbeitslosenkasse hat das Volkswirtschaftsdepartement seit dem Jahr 2009 mit dem Bund eine pauschalisierte Leistungsentschädigung vereinbart, die sich nach der Zahl der Arbeitslosen richtet. Die Differenz zwischen tatsächlichem Aufwand und der Entschädigung des Bundes dürfte für den Kanton eher zu einem Überschuss führen, ein Verlust wäre grundsätzlich auch möglich. Aufgrund der Erfahrungswerte aus dem Jahr 2009 und dem erwarteten Stand der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb des Konjunkturzyklus wird ein Überschuss budgetiert. Es wird darauf verzichtet, diese Begründung für jede Kontengruppe aufzuführen.		
115	2350	Amt für Wirtschaft	Veränderung	Veränderung	Veränderung
			AFP 2012	AFP 2013	AFP 2014
		301 Besoldungen			
		– Zusätzliche Stelle zulasten Tourismusrechnung im Zuge der Umsetzung des Massnahmenplans Tourismus, vgl. auch Erlös gemäss Konto 2358.490	+126'000	0	0
		– Beförderungen, Stufenerhöhungen abzüglich Mutationsgewinne	+35'400	0	0
		– Reduktion Personalkosten Abteilung Arbeitnehmerschutz	–20'000	0	0
		– Reduktion Personalkosten Abteilung Ausländer- und Gewerberecht	–24'000	0	0
		Total	+117'400	0	0
		318 Dienstleistungen und Honorare			
		– Web-Portal für Gründer- und Technologiezentren abgeschlossen	–70'000	0	0
		– IZR Rheintal und WTT-Angebote initiiert ..	–85'000	0	0
		– Gesamtportfolio «Innovationszellen» abgeschlossen	–25'000	0	0
		– Gutachten/Expertisen zwecks Start von Projekten im Rahmen des neuen Standortförderungsprogramms 2011–14	–81'000	0	0
		– Aufträge für Tourismus	+20'000	+10'000	+50'000
		– Durchführung Flächenpotenzialanalyse und Regionsscreening (alle 3 Jahre)	0	+160'000	–160'000
		– Weiterentwicklung Kompetenzatlas	0	+5'000	–5'000
		– Abschluss departementale WTT-Gesamtstrategie	0	0	–60'000
		– Weiterentwicklung Immoweb SG inkl. georeferenziertes e-Marketing	0	0	+20'000
		– Ausbau Relocation Service	0	0	+10'000
		– Reduktion Sponsoring(-Anlässe)	–20'000	0	0
		– Verzicht auf Gemeinschaftsstand «Hannover Messe»	–30'000	0	0
		Total	–291'000	+175'000	–145'000
		360 Staatsbeiträge			
		– Beiträge für Tourismus: vgl. Konto 2350.490	+280'600	+85'000	–370'600
		– Beiträge gemäss NRP-Umsetzungsprogramm Bund (Konto 2350.460)	+1'610'800	+1'090'000	–988'400
		– Start von neuen Projekten gemäss Standortförderungsprogramm 2011–2014	+181'000	+150'000	–5'000
		– Betriebsbeitrag an geplantes Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal, Buchs ..	+500'000	+500'000	+500'000
		Total	+2'572'400	+1'825'000	–864'000

Seite Budget-
Titel Nr.

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
115	2350 Amt für Wirtschaft (Fortsetzung)			
	460 Beiträge für eigene Rechnung			
	– Der Fluss von Bundesgeldern entspricht dem Finanzplan des NRP-Umsetzungsprogramms, vgl. Konto 2350.360 (saldoneutral).	+1'780'800	+1'090'000	–988'400
	Total	+1'780'800	+1'090'000	–988'400
116	2358 Tourismusrechnung (SF)			
	482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen			
	Konto zur Saldierung des Rechnungsabschnitts: Entnahme schwankt mit Zu-/Abnahme der Ausgaben für den Tourismus.			
116	2400 Amt für Natur, Jagd und Fischerei			
	312 Informatik			
	Im Jahr 2011 soll die Personal- und Sachdatenbank der Abteilungen Jagd und Fischerei durch eine Gemeinschaftslösung mit anderen Kantonen ersetzt und verbessert werden. Ab dem Jahr 2012 Übergang zum ordentlichen Bedarf für den EDV-Betrieb.			
	360 Staatsbeiträge			
	Neue, zusätzliche Vertragsabschlüsse durch die Gemeinden gemäss Gesetz über den Ausgleich ökologischer Leistungen (GAöL) und Ökologischer Qualitäts-Verordnung (ÖQV).			
	481 Entnahme aus Rückstellungen			
	Mit Vollzugsbeginn des neuen Fischereigesetzes wurde die Äufnung der Rückstellung (ehemals Fischereifonds) ab 2009 eingestellt. Die Rückstellung steht explizit für Massnahmen im Bereich des aquatischen Lebensraum- und Artenschutzes zur Verfügung. Die Mindereinnahmen entsprechen den Minderausgaben im Fischereiregal (Konto 2400.360).			
117	2409 Jagdrechnung (SF)			
	482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen			
	Saldierungskonto der gesamten Jagdkosten zu Lasten Jagdrechnung: Jagdrechnung mit geschlossenem Finanzierungskreislauf finanziert sich selbst.			

3 Departement des Innern

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
118	3000 Generalsekretariat DI			
	312 Informatik			
	– Einführung einer elektronischen Geschäftsverwaltung sowie Betriebskosten für die Erneuerungswahlen	+254'700	–284'800	0
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Integration/Gleichstellung/Projekte (IGP): Projekte im Bereich Gleichstellung	+27'000	+27'000	0
	– Integrationsprojekte	+280'000	+160'000	0
	– Entschädigungen	+1'000	+1'000	0
	– Verzicht auf externe Unterstützung	–50'000	0	0
	Total	+258'000	+188'000	0
	360 Staatsbeiträge			
	– Postulatsbericht Integration	+223'000	0	0
	– Integrationsmassnahmen	+340'000	+460'000	0
	– Sprache und Bildung	+17'000	0	0
	Total	+580'000	+460'000	0

Mutmassliche Kostenfolge Postulatsbericht Integration; Support für Gemeinden (Erhöhung des Beitrags an die regionalen Integrationsfachstellen um Fr. 223'000). Beginn der Umsetzung von Integrationsmassnahmen (2012: Fr. 340'000; 2013: Fr. 460'000).

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
118	3051 Ergänzungsleistungen			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Durchführungskosten der SVA	+250'000	+250'000	+300'000
	Die Durchführungskosten erhöhen sich durch die Zunahme der Fälle.			
	360 Staatsbeiträge			
	– Ergänzungsleistungen zur AHV	+6'350'000	+5'500'000	+5'500'000
	– Ergänzungsleistungen zur IV	+6'350'000	+4'700'000	+4'700'000
	– Ausserordentliche Ergänzungsleistungen ..	+200'000	0	0
	Total	+12'900'000	+10'200'000	+10'200'000

Es sind Mehrkosten aufgrund der Heimkostenentwicklung, höherer Krankheitskosten sowie durch die Zunahme der Anzahl EL-Bezüger zu erwarten. Zudem wurde im AFP 2012–2014 ein teuerungsbedingter Anstieg von zwei Prozent einberechnet. Die Weiterentwicklung der Entlastung durch die Pflegefinanzierung lässt sich nur schwer abschätzen.

460 Beiträge für eigene Rechnung

Durch den Anstieg der Staatsbeiträge für die EL AHV sowie die EL IV ergibt sich ein entsprechend höherer Beitrag des Bundes. Der Bund beteiligt sich an den Ergänzungsleistungen mit durchschnittlich 30 Prozent.

Seite Budget-
Titel Nr.

119	3100	Amt für Bürgerrecht und Zivilstand			
	312	Informatik	Ersatz der über zehnjährigen Softwarelösung für die Einbürgerung.		
119	3150	Amt für Gemeinden	Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
	312	Informatik			
		– Die Einführung des elektronischen Grundstückinformationssystem Schweiz für den Kanton St.Gallen und die St.Galler Gemeinden wird nicht wie vorgesehen im Jahr 2011, sondern erst im Jahr 2012 umgesetzt. Die Einführung des Betriebs führt zu Aufwendungen in den nachfolgenden Jahren.	+450'000	–350'000	+100'000
	347	Finanz- und Lastenausgleich			
		– Ressourcenausgleich: Aufgrund konjunktureller Einbrüche ist mit einem Anstieg zu rechnen; massgebende Jahre für die Berechnungen = minus zwei Jahre zum Ausgleichsjahr	+4'209'700	+2'000'000	0
		– Individueller Sonderlastenausgleich: Anstieg bei den Schülerkosten aufgrund demographischer Entwicklung	+645'200	+220'000	+290'000
		– Sonderlastenausgleich Weite: Teuerungszuschlag	+466'300	+424'000	+428'200
		– Sonderlastenausgleich Schule: Anstieg bei den Schülerkosten aufgrund demographischer Entwicklung; neue Schulreform ab dem Jahr 2012	+114'300	+3'286'300	+1'900'000
		– Sonderlastenausgleich Stadt: Teuerungszuschlag	+347'700	+242'600	+245'000
		– Partieller Steuerfussausgleich: Teuerungszuschlag; Pflegefinanzierung; konjunkturelle Effekte	+2'691'700	+840'000	+873'600
		– Übergangsausgleich: Durchschnitt der ersten drei Vollzugsjahre gemäss Art. 53 Finanzausgleichsgesetz (sGS 813.1, abgekürzt FAG) (für das Jahr 2010 noch nicht bekannt)	+316'300	0	0
		– Nachzahlungen Finanzausgleich: konjunkturelle Unsicherheiten in den Jahren ab 2012	+150'000	+150'000	0
		Total	+8'941'200	+7'162'900	+3'736'800
	360	Staatsbeiträge			
		– Viele Projektbeiträge nach Gemeindevereinigungsgesetz (sGS 151.3, abgekürzt GvG) werden im Jahr 2012 abgerechnet. In den Folgejahren sind die Projekte wieder rückläufig.	+150'000	–50'000	–100'000
	452	Rückerstattungen der Gemeinden			
		– Die Finanzausgleichsbeiträge nähern sich immer mehr den tatsächlichen Verhältnissen an. Deshalb werden die Rückzahlungen ebenfalls rückläufig sein.	–8'000'000	–1'000'000	0

Seite Budget-
Titel Nr.

120	3200	Amt für Soziales			
		301 Besoldungen			
		2012: Neue 100%-Stelle Pflegekinder- und Adoptionswesen infolge neuer nicht delegierbarer Aufgaben für den Kanton im Aufsichtsbereich; Revision der Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und Adoption (SR 211.222.338; abgekürzt PAVO).			
		312 Informatik			
		Investitionskosten (Fr. 350'000): Einführung einer Informatiklösung in Zusammenarbeit mit der SODK Ost und dem Kanton Zürich für die Finanzierung von Aufenthalten in Behinderteneinrichtungen, Verwaltung der Kostenübernahmegarantien, Datenerfassung und -verwaltung für die Angebotsplanung (Umsetzung Behindertenkonzept IFEG Kanton St.Gallen vom 23.03.2010).			
		318 Dienstleistungen und Honorare			
		Revision der Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und Adoption (SR 211.222.338; abgekürzt PAVO) und Gesetzesvorhaben Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KES): Zusätzlicher Aufwand für die Vorbereitung und Umsetzung, insbesondere für Schulungen von Fachbehörden und -personal, Aufbau der Infrastruktur und punktuelle Expertenunterstützung. In den ersten Umsetzungsjahren fallen zudem Kosten für die Implementierung der notwendigen Qualitätssicherungsinstrumente und Folgeschulungen an.			
		360 Staatsbeiträge			
		– Heimvereinbarung für Kinder- und Jugendheime: Höhere Tagestaxen und Zunahme der Aufenthaltstage in inner- und ausserkantonalen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.			
		– Betriebsbeiträge an Behinderteneinrichtungen: gemäss Mantelerlass zum Gesetz über die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (22.07.01). Aufgrund der Platz- und Betreuungszuschläge gemäss Bedarfsplanung ist von einem jährlichen Ausgabenwachstum von 3.4 Mio. Franken auszugehen. Die zusätzlichen Mehraufwendungen im Jahr 2013 von rund 20 Mio. Franken sind einmalig und Folge des Gesetzesvorhabens (Umstellung von einer nachschüssigen auf eine gegenwartsorientierte Finanzierung).			
			Veränderung	Veränderung	Veränderung
			AFP 2012	AFP 2013	AFP 2014
120	3250	Amt für Kultur			
		301 Besoldungen			
		– Besoldungen	-7'900	+57'500	+800'000
		2013: Besoldungsanpassung um 0.9% gemäss Richtlinien der Regierung. 2014 Ausbau Stellenplan: Amtsleitung/Kulturförderung 70% für Sachbearbeitung Rechnungswesen/Controlling und Administration Kulturförderung; Denkmalpflege 1 Denkmalpfleger für die Bauforschung; Archäologie 1 Archäologe/in für Archiv, Dokumentation, 1 Archäologe/in für Fundbetreuung und Lager; Staatsarchiv 1 Archivar/in im Bereich Recordsmanagement/Langzeitarchivierung; Kantonsbibliothek 200 Stellenprozente in verschiedenen Bereichen (Sekretariat, Sammlungen, Sangallensia, neue Medienangebote/E-Ressourcen).			
		303 Arbeitgeberbeiträge			
		– Arbeitgeberbeiträge	7'700	+7'700	+124'700
		Vgl. Konto 3250.301 Besoldungen, abhängig vom Stellenwachstum.			
		310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen			
		– Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen .	+143'000	+30'000	+29'000
		Sukzessive Erhöhung des Medienkredites für die Kantonsbibliothek.			

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
120	3250 Amt für Kultur (Fortsetzung)			
	311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge			
	– Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	+200'000	–199'800	+103'100
	Für 2012 und 2014 ist etappenweise die Ablösung der bisherigen Mikrofilmkamera durch eine zeitgemässe audiovisuelle Infrastruktur vorgesehen: Aufbau Kompetenzzentrum Bildarchiv/Digitalisierung des audiovisuellen Erbes.			
	312 Informatik			
	– Informatik-Investitionskosten	+10'400	+812'100	–606'100
	Amtsleitung/Kulturförderung: Releasewechsel der zentralen Fachanwendung Scope auf 2013 geplant. Staatsarchiv: Weiterführung Projekt Elektronische Langzeitarchivierung, Etablierung Bildarchiv und Recordsmanagement. Kantonsbibliothek: Einführung einer zentralen Portallösung, Einführung eines RFID-Systems (Kennzeichnung der Medien, erleichterte Ausleihe und Rückgabe), Zusammenführung der Bibliotheksverbände St.Galler Bibliotheksnetz mit IDS-Verbund.			
	– Informatik-Betriebskosten	+20'000	+40'000	+170'800
	Die Informatik-Investitionen führen im Folgejahr zu höheren Betriebskosten.			
	Total	+30'400	+852'100	–435'300
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Dienstleistungen und Honorare	+230'300	+451'200	+334'500
	Im Staatsarchiv soll der Kompetenzaufbau Bildarchiv/Digitalisierung vorangetrieben werden. Ab 2012 ist geplant, die Ratsprotokolle etappiert zu digitalisieren. Die Ausgrabungen der Archäologie sollen mittelfristig nicht mehr aus dem Lotteriefonds, sondern aus dem allgemeinen Staatshaushalt finanziert werden. Nachhaltige Verstärkung der Unterstützungsarbeit der Kant. Kommission für Schul- und Gemeindebibliotheken.			
	360 Staatsbeiträge			
	– Laufende Beiträge	+1'320'900	+172'400	+173'900
	Die regionale Kulturförderung mit verschiedenen Plattformen (Rheintal, Toggenburg, Wil) soll verstärkt werden, für 2012 sind weitere Anpassungen vorgesehen. Die Jahresbeiträge an die Kulturinstitutionen sind bei der Mehrheit seit Jahren unverändert, eine Anpassung der Beiträge an die Teuerung ist zu prüfen. Anpassungen und Optionen für weitere Kulturinstitutionen sind möglich. Unter dem Titel «Die Kantonsarchäologie im Museum» erfolgt eine Neukonzeption. Der Kanton St.Gallen entwickelt derzeit eine nachhaltig wirksame Museumspolitik. Ein Konzept ist dazu erarbeitet worden. In der aktuell laufenden Praxisphase			

Seite Budget-
Titel Nr.

		Veränderung	Veränderung	Veränderung
		AFP 2012	AFP 2013	AFP 2014
120	3250			
	Amt für Kultur (Fortsetzung)			
	360 Staatsbeiträge (Fortsetzung)			
	werden im Rahmen von Projekten (Inventarisierung, Vermittlung, Marketing usw.) die weiteren Schritte geprüft. Im Anschluss daran sollen mit den beteiligten Museen strategische Ziele und Massnahmen formuliert werden, die ab 2012 umgesetzt werden sollen.			
	– Investitionsbeiträge	+11'000	+11'000	+100'000
	Ab 2014 werden die Denkmalpflegebeiträge unter dem Aspekt der höheren Baukosten angepasst.			
	Total	+1'331'900	+183'400	+273'900
<hr/>				
121	3259			
	Lotteriefonds (SF)	Veränderung	Veränderung	Veränderung
		AFP 2012	AFP 2013	AFP 2014
	382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen			
	– Einlage in den Lotteriefonds	–868'000	+10'700	–28'700
	Projektbeiträge Kulturförderung sowie Unterstützungs- und Projektbeiträge an Vorhaben aus den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit, Natur, Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit.			
122	3450			
	Handelsregisteramt			
	312 Informatik			
	Projekt eGovHR für elektronische Anmeldungen und elektronisch signierte Belege.			
	431 Gebühren für Amtshandlungen			
	Teuerungsbedingte Anpassung der Gebühren.			

Seite Budget-
Titel Nr.

4 Bildungsdepartement

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
124	4000 Generalsekretariat BLD			
	312 Informatik			
	– Sicherheitsaudits in den Berufs- und Mittelschulen	–5'000	–5'000	0
	– Release der Administrationssoftware EDUC der Berufs- und Mittelschulen zum neuen EDUC OVID	–83'800	+666'700	–766'400
	Vorbereitungsarbeiten und Pilotbetrieb in den Jahren 2011 und 2012, Umsetzung im Jahr 2013.			
	– Zentraler Pool für Ersatzbeschaffungen und Kosten für Sharepoint	–6'600	0	0
	Total	–95'400	+661'700	–766'400
125	4050 Amtsleitung AVS	Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
	300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen			
	– Arbeitsgruppen Lehrmittel, Pädagogische Kommissionen, Fachberatung, Begleitkommissionen, Sonderschulkommission und Projektgruppe Sonderpädagogik-Konzept .	+30'000	0	0
	– Aufhebung der Regionalen Schulaufsicht . Siehe Begründung zu Konto 4050.309.	0	–452'000	0
	Total	+30'000	–452'000	0
	309 Anderer Personalaufwand			
	Gesetzesvorhaben Neue Volksschulaufsicht: Der Kantonsrat hat am 22. Februar 2010 die Motion 42.09.3 «Regionale Schulaufsicht: braucht es sie wirklich» gutgeheissen. Die Regierung wurde eingeladen, das Volksschulgesetz zu revidieren und dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, die mit Beginn der Amtsdauer 2013 in Kraft tritt.			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Zusatzstichprobe PISA	+73'800	–73'800	0
	– Internationale musische Tagung	–60'000	0	0
	– Regionale Schulaufsicht	0	–2'000	0
	Einführung einer neuen Schulaufsicht ab dem Jahr 2013.			
	– Qualitätssicherung Volksschulen: Fremdevaluation	0	+500'000	0
	Die Fremdevaluation gibt über den Stand der Schulentwicklung und der Qualität Auskunft. Die Erkenntnisse dienen dem Bildungsdepartement und dem Erziehungsrat als Steuerungsinstrument.			
	– Abschluss von Projekten	–95'000	0	0
	Abschluss der Projekte Basisstufe, problemorientiertes Lernen, kompetenzorientiertes Lernen und Evaluation der Regionalen didaktischen Zentren.			
	– Projektbeiträge	+177'400	–93'700	–60'800
	Beiträge an das Projekt Lehrplan 21 (Entwicklung eines Lehrplans für alle 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantone), externe Leistungen für das Projekt Oberstufe und diverse kleinere Projekte.			
	Total	+96'200	+330'500	–60'800

Seite Budget-
Titel Nr.

125	4050	Amtsleitung AVS (Fortsetzung) 319 Anderer Sachaufwand Siehe Begründung zu Konto 4050.309.			
125	4051	Lehrmittelverlag 310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen Einkauf Englisch-Lehrmittel für die Oberstufe. Projekte Testsysteme, Musiklehrmittel und Hand- arbeitslehrmittel gemäss Beschlüssen des Erziehungsrates. Software für interaktive Wandtafeln. 435 Verkaufserlöse Mehreinnahmen bei den selbstentwickelten Testsystemen. Verkauf des neu entwickelten Förder- instruments «Lernpass» für die Stufe Sek I.			
126	4053	Sonderschulen 360 Staatsbeiträge Nachholbedarf aufgrund der Kürzungen in den Vorjahren. In den Jahren 2009 bis 2011 wurden nur die nötigsten Ausgaben in den Bereichen des Personal- und Sachaufwandes, des Unterhalts, der Reparaturen, der Investitionen etc. getätigt. Dies führt zu einem Mehraufwand in den Folge- jahren. Jährlicher Mehraufwand im Personal- und Sachaufwand von rund 1%. 460 Beiträge für eigene Rechnung Erhöhung der Beiträge der Schulgemeinden von Fr. 21'000 auf Fr. 24'500 infolge der höheren Durchschnittskosten für einen Schüler der Kleinklasse gemäss Gesetz über Kantonsbeiträge an private Sonderschulen (sGS 213.95 Art. 11 Bst. a).			
126	4150	Amtsleitung ABB 460 Beiträge für eigene Rechnung – Die Beitragsleistungen des Bundes an die Berufsbildungskosten der Kantone erhöhen sich in den Jahren 2010 bis 2013. – Die Bundesbeiträge für das Projekt Coaching entfallen ab 2013. Total	Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
			+1'000'000	+1'000'000	0
			0	–350'000	0
			+1'000'000	+650'000	0
126	4151	Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung 460 Beiträge für eigene Rechnung Der Bund hat die Beiträge für das Projekt Mentoring bis in das Jahr 2012 zugesichert.			
127	4152	Berufliche Grundbildung 360 Staatsbeiträge – Überbetriebliche Kurse Neue Bildungsverordnungen und Erhöhung von Beitragspauschalen führen zu Mehr- aufwand. Die Pauschalen werden von der Schweizerischen Berufsbildungsämter- Konferenz festgelegt. – Qualifikationsverfahren Höherer Beitrag an das Schweizerische Dienstleistungszentrum für Berufsbildung, Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung für Leistungen im Bereich der Qualifika- tionsverfahren. – Lehrmeisterkurse Mehr Kurse für Berufsbildende.	Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
			+100'000	0	0
			+49'000	+25'000	+25'000
			+1'400	+20'000	0

Seite Budget-
Titel Nr.

			Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
127	4152	Berufliche Grundbildung (Fortsetzung)			
	360	Staatsbeiträge (Fortsetzung)			
		– Berufsfachschulen	+100'000	0	0
		Schulgelderhöhung an den Berufsfach- schulen im Kanton Zürich.			
		Total	+250'400	+45'000	+25'000
127	4153	Höhere Berufs- und Weiterbildung			
	360	Staatsbeiträge			
		Beitritt zur neuen interkantonalen Höheren Berufsfachschulvereinbarung (HFSV) um den st.galli- schen Studierenden den Zugang zu ausserkantonalen Lehrgängen zu gewährleisten. Im Kanton St.Gallen werden nicht alle Lehrgänge angeboten.			
127	4156	Berufsfachschulen	Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
	301	Besoldungen			
		Jährliche Erhöhung um 0.9% gemäss Richtlinien der Regierung.			
	303	Arbeitgeberbeiträge			
		Siehe Begründung zu Konto 4156.301.			
	381	Zuweisung an Rückstellungen			
		Bildung zweckgebundener Rückstellungen im Weiterbildungsbereich nach Art. 13 EG-BB.			
	433	Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren			
		– Kursgebühren Höhere Berufsbildung	+328'100	+63'400	+65'100
		– Kursgebühren Weiterbildung	+121'500	+28'600	+25'200
		Total	+449'600	+92'000	+90'300
		Mehrertrag durch die Einführung neuer Lehrgänge.			
	481	Entnahme aus Rückstellungen			
		Auflösung zweckgebundener Reserven zu Gunsten der Weiterbildungsabteilungen.			
128	4205	Mittelschulen			
	301	Besoldungen			
		Jährliche Besoldungsanpassung um 0.9 %. Leichter Anstieg der Klassenzahlen ab dem Jahr 2013 aufgrund der demographischen Entwicklung und der steigenden Maturitätsquote. Abschaffung des Informatik-Unterrichtes in der Fachmittelschule. Noch restriktivere Klassenbil- dung: Um regional ein breites und kontinuierliches Angebot an Lehrgängen und Schwerpunktfächern führen zu können, wurde bisher in Einzelfällen auch die Führung von Klassen mit klei- nen Anfangsbeständen (z.B. Halbklassen) bewilligt.			
	303	Arbeitgeberbeiträge			
		Siehe Begründung zu Konto 4205.301.			
	312	Informatik			
		Projekt MIBIS III im Jahr 2012: Die Informatikinfrastruktur der Schulverwaltungen aus dem Jahre 2006 ist am Ende der Lebensdauer angelangt und muss ersetzt werden.			
	316	Mieten, Pachten und Benützungskosten			
		Jahr 2014: Nach dem Abschluss der Bauarbeiten der Regionalen Sportanlage Sargans entfallen die Kosten für die Mietprovisorien der Kantonsschule Sargans für den Sportunterricht.			
	351	Entschädigungen an Kantone			
		Die Kriterien für die Übernahme des Schulgeldes für den Besuch von ausserkantonalen Sportmit- telschulen werden in Zusammenarbeit mit dem Amt für Sport überprüft und neu definiert.			
129	4230	Amtsleitung AHS			
	318	Dienstleistungen und Honorare			
		Gutachten und externe Beratung für die Umsetzung der Massnahme «Zusammenarbeitsformen und Trägerschaften der Fachhochschulen im Kanton St.Gallen» aus dem Regierungsprogramm: Abschluss im Jahr 2013.			

Seite Budget-
Titel Nr.

			Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
130	4231	Universitäre Hochschulen			
		360 Staatsbeiträge			
		– Universität St.Gallen: Staatsbeitrag brutto . Aufstockung der Professuren in den Schools of Management, Economics, Law, Huma- nities and Social Sciences und Finance sowie Ausbau des Lehrkörpers zur Verbesse- rung des Betreuungsverhältnisses infolge der stark gestiegenen Studierendenzahl. Aufstockung des lehrnahen administrativen Personals (Lehrunterstützung, Dienste, Informatik, Bibliothek, Internationaler Aus- tausch usw.) aufgrund der stark gestiegenen Studierendenzahl. Einführung eines inter- nationalen Bachelors in englischer Sprache. Auslaufen einer gesponserten Professur und Finanzierung aus dem Forschungsfonds. Nachholbedarf bei Organisations- und Infrastrukturprojekten. Mehreinnahmen durch Erhöhung der Studiengebühren. Allgemeine Besoldungsanpassungen analog der kantonalen Verwaltung.	+11'548'000	+2'843'400	+4'067'700
		– Beiträge aufgrund der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) Mehr Studierende aus dem Kanton St.Gallen an ausserkantonalen Universitäten.	+814'000	+778'000	+795'000
		Total	+12'362'000	+3'621'400	+4'862'700
		460 Beiträge für eigene Rechnung Höhere Bundesbeiträge und Beiträge gemäss der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) aufgrund des Anstiegs der Studierendenzahlen an der Universität St.Gallen.			
130	4232	Fachhochschulen			
		360 Staatsbeiträge			
		– FHS St.Gallen, Hochschule für angewandte Wissenschaften: Ab August 2012 Amortisation und Verzinsung des Darlehens des Kantons St.Gallen für die Finanzierung des Neubaus Bahnhof Nord. Umzugs- und Rückbaukosten bei Auszug aus den Mietobjekten sowie Zusammenfüh- rung der Bibliotheken. Höhere Studierendenzahlen in den Fachbereichen Wirtschaft, Soziale Arbeit und Gesundheit.			
		– Hochschule für Technik Rapperswil (HSR): Einlaufender Studiengang Erneuerbare Energien und Umwelttechnik. Mehr Studierende aus dem Kanton St.Gallen. IT-Projekte.			
		– Hochschule für Technik Buchs (NTB): Koordinierte Durchführung des Studiengangs Systemtech- nik in Buchs, Chur und St.Gallen.			
		– Allgemeine Besoldungsanpassungen analog der kantonalen Verwaltung.			
		– Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH): Weniger zusätzliche Studienplätze aufgrund der Sparmassnahmen in den Voranschlägen 2010 und 2011.			
		– Pädagogische Hochschule des Kantons St.Gallen (PHSG): Zusätzliche Lerngruppen Kindergar- ten und Primarschule aufgrund der höheren Studierendenzahlen. EDK-konforme Verlänge- rung der Ausbildung der Oberstufenlehrpersonen um ein Semester. Aufbau und Durchführung der Ausbildung Berufsschullehrpersonen Sek II. Entwicklung und Durchführung konsekutiver Masterstudiengänge.			
		– Mehr Studierende aus dem Kanton St.Gallen an ausserkantonalen Fachhochschulen.			
		460 Beiträge für eigene Rechnung Ab dem Jahr 2012: Wegfall Beitrag des Kantons Zürich an die Kosten der Hochschule für Technik Rapperswil gemäss Kantonsratsbeschluss über die Übernahme der zusätzlichen Anteile der Kan- tone Schwyz und Glarus beim Vollzug der Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil nach der Kündigung der Mitgliedschaft des Kantons Zürich vom 5. Juni 2007.			

Seite Budget-
Titel Nr.

5 Finanzdepartement

132 5000 **Generalsekretariat FD**
312 Informatik
 Im Rahmen des Aufbaus des Departements- und Regierungscontrollings drängt sich die Entwicklung eines Management-Information-Systems (MIS) auf. Dieser Aufbau soll zentral für alle Departemente und die Staatskanzlei erfolgen.

132 5050	Personalamt	Veränderung	Veränderung	Veränderung
301 Besoldungen		AFP 2012	AFP 2013	AFP 2014
	Ordentliche Erhöhung Personalaufwand um 0.9 Prozent gemäss Richtlinien der Regierung: Fr. 31'900.			
	Schaffung einer zentralen Fachstelle Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Massnahme 3 der St.Galler Agenda zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie): Fr. 120'000.			
	Vermehrte Anstellung von Referentinnen/Referenten mit AHV-Pflicht: Fr. 20'800.			
	309 Anderer Personalaufwand			
	Erhöhung des Kredits Aus- und Weiterbildung Staatspersonal aufgrund der neuen Angebote (CAS-Weiterbildungen und gesamtschweizerische Ausbildung für neue Amtsleiter/-innen): Fr. 120'000.			
	312 Informatik			
	– E-Learning POE	+50'000	0	0
	– Sharepoint	+2'000	0	0
	– AZALEE (Zeit- und Leistungserfassung)	–20'000	0	0
	– Records Management (elektronische Personalakte)	+85'100	0	0
	Total	+117'100	0	0

133 5051	Amt für Finanzdienstleistungen	Veränderung	Veränderung	Veränderung
312 Informatik		AFP 2012	AFP 2013	AFP 2014
	– Informatik-Investitionen	+175'000	0	–220'000
	– Informatik-Betriebskosten	+23'200	+13'300	+12'300
	Total	+198'200	+13'300	–207'700

Diverse Informatikprojekte im Umfeld der Fachapplikationen SAP-ERP (u.a. Unterstützung der Archivierung im Bereich der Kreditoren, Erweiterung von HIFIPLAN). Abgestufte Kostensteigerung bis 2014 im Bereich der SAP-Lizenzen.

133 5052 **Risk Management**
318 Dienstleistungen und Honorare
 Ab 2012 soll der Kanton das Risiko der Spitalhaftpflicht tragen, wodurch die Prämie an die Versicherungsgesellschaft im Umfang von 3 Mio. entfällt.
 Ab 2013: Durch den Wegfall der Spitalhaftpflichtversicherung soll einerseits vermehrt Prävention in den Spitälern gemacht werden, andererseits fallen Aufwände für die Regulierung der Spitalhaftpflichtfälle an.

319 Anderer Sachaufwand
 Für 2011 wird der Abschluss diverser a.o. teurer Spitalhaftpflichtfälle erwartet. Danach fallen sie nur noch im Rahmen des Erwartungswertes an, bis sie jedoch 2014 mit der Eigenversicherung wieder ansteigen dürften.

381 Zuweisung an Rückstellungen
 Mit der Eigenfinanzierung der Spitalhaftpflichtfälle, die zeitlich verzögert zur Auszahlung gelangen, erfolgt bei gleich hoch bleibenden Prämien zunächst eine Einlage, die sich dann mit dem Anfall der Auszahlungen für die Fälle sukzessive reduziert.

Seite Budget-
Titel Nr.

- 133 **5052 Risk Management (Fortsetzung)**
- 434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren**
Mit der Eigenfinanzierung der Spitalhaftpflichtfälle entfällt die Versicherung, für die bislang Courtagen bezahlt worden sind.
- 481 Entnahme aus Rückstellungen**
Ab 2012 werden die Spitalhaftpflichtfälle selber in der Eigenfinanzierung reguliert. Die den Spitalern verrechneten Prämien bleiben unverändert, die Schäden fallen jedoch zeitlich verzögert an, wofür entsprechende Rückstellungen gemacht werden müssen (2012 ff). Im Voranschlag wird hingegen noch mit einer Entnahme aus der Rückstellung gerechnet, weil diverse teure Spitalhaftpflichtfälle zur Auszahlung gelangen.
- 134 **5054 Dienst für Informatikplanung**
- 312 Informatik**
Für das Jahr 2012 sind folgende grösseren Vorhaben geplant:
- Bei der ECM-Plattform (Enterprise Content Management) sind Projekte für die weitere Vereinheitlichung und Gewährleistung der Mandantenfähigkeit geplant. Parallel dazu soll die Workflow-Engine TIBCO- Staffware auf die neueste Version migriert werden. Davon betroffen sind die Fachapplikationen INGE (Bewilligungsverfahren) und ELAR AUA (Ausländeramt). Aus wartungstechnischer Sicht ist eine Anhebung der derzeit in der ECM-Plattform eingesetzten Oracle Version 10 auf die aktuellste Version und die resultierende Migration der darauf basierenden ECM-Anwendungen zwingend notwendig, da sie andernfalls seitens Hersteller nicht mehr unterstützt werden. Ebenfalls ist der Ausbau der derzeit im Aufbau befindlichen Sharepoint-Infrastruktur geplant. Weiter soll die Standardisierung von einzelnen Basisbausteinen der ECM-Plattform (z.B. Dossier-Explorer, Capturing-Lösung, PDF-Konvertierung) weiter vorangetrieben werden.
 - Die Arbeiten zur Einführung eines Identity- und Access-Managements (IAM) werden weiter geführt. Beim IAM geht es darum, personelle Ressourcen und Sachressourcen digital zu verwalten. IAM ist von strategischer Bedeutung, weit über die Grenzen des Kantons St.Gallen und der Verwaltung hinaus, da es mit digitalen Identitäten die Berechtigung von einzelnen Nutzern in unterschiedlichen Rollen regelt, dies sowohl für Verwaltungsmitarbeitende wie auch für Benutzer ausserhalb: Bürger, Unternehmen, Anwälte, Ärzte und viele weitere Anspruchsgruppen mit schützenswerten und vertraulichen Informationsanforderungen. IAM und in Kombination mit der seit Mai 2010 eingeführten SuisseID bieten die diesbezüglichen Voraussetzungen bzw. liefern einen übergreifenden, schweizweiten Lösungsansatz.
 - Aufbau der kantonalen Register für die Bereiche natürliche Personen (Erweiterung / Erneuerung KEWR), juristische Personen (Kant. BUR, UID-Register) und Objektregister (GWR, Eigentümer, Grundbuchdaten / eGRIS, ÖREB).
- 134 **5056 Amt für Vermögensverwaltung**
- 434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren**
Es wird mit einem Vermögensanstieg durch entsprechende Vermögenserträge sowie mit einem Nettogeldzufluss von jährlich 200 Mio. Franken gerechnet. Gleichzeitig wird mit steigenden Mietzinsenerträgen aufgrund Erstvermietungen sowie Mietzinsenerhöhungen gerechnet. Das hat eine höhere Entschädigung für die Vermögensverwaltung zur Folge.
- 135 **5100 Amtsleitung KStA**
- 301 Besoldungen**
Erhöhung um jeweils 0.9% pro Jahr gemäss Richtlinien der Regierung.
- 312 Informatik**
Die Differenzen liegen hauptsächlich bei den Informatik-Investitionen, die von Jahr zu Jahr stark schwanken.
- 352 Entschädigungen an Gemeinden**
Ab 2012 ist eine Anpassung der Grundaufwand-Entschädigung für die Mitwirkung der Gemeinden bei der Steuerveranlagung von insgesamt 1.5 Mio Franken enthalten. Diese Anpassung von Art. 75 Abs. 1 lit. a der Steuerverordnung drängte sich bereits seit einiger Zeit auf, wurde aber unter anderem mit Blick auf das Projekt Aufgabenteilung Kanton / Gemeinden noch zurückgestellt.
Es ist jährlich mit einer leichten Zunahme der Steuerpflichtigen zu rechnen, so dass die Entschädigungen jeweils leicht ansteigen.

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
135	5105 Kantonale Steuern			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	Die Bezugsprovisionen der Quellensteuer widerspiegeln die Entwicklung des Quellensteuerertrages. Die Bezugsprovision beträgt nicht genau 4% des Bruttoertrages, da verschiedene Faktoren wie ergänzende ordentliche Veranlagungen, Ermessensveranlagungen und Netto-Zuweisungen aus anderen Kantonen zu Abweichungen führen.			
	320 Zins auf laufenden Verpflichtungen			
	– Zinsaufwand aus Einkommens- und Vermögenssteuern	-1'000'000	0	0
	– Zinsaufwand aus Erbschafts- und Schenkungssteuern	+3'000	0	0
	Total	-997'000	0	0
	Mit den Schlussrechnungen werden dem Steuerpflichtigen die Ausgleichszinsen auf den bereits bezahlten Steuern bis zum Verfalltag (Art. 86bis StV) vergütet. Für den Aufgaben- und Finanzplan 2012 ist mit einem Minderaufwand von rund 1.0 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag 2011 zu rechnen. Der Aufgaben- und Finanzplan 2013 und 2014 bleibt gegenüber dem Aufgaben- und Finanzplan 2012 gleich.			
	330 Abschreibungen auf Finanzvermögen			
	– Abschreibung auf Quellensteuern	+46'000	+50'000	+50'000
	– Abschreibung auf Einkommens- und Vermögenssteuern	+1'500'000	0	0
	– Abschreibung auf Grundstückgewinnsteuern	-10'000	0	0
	– Abschreibung auf Erbschafts- und Schenkungssteuern	-1'000	0	0
	Total	+1'535'000	+50'000	+50'000
	Insgesamt ist bei den Abschreibungen im Aufgaben- und Finanzplan 2012 mit einem Mehraufwand von rund 1.5 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag 2011 zu rechnen. Für den Aufgaben- und Finanzplan 2013 und 2014 erhöht sich dieser nochmals um je 0.05 Mio. Franken.			
	340 Ertragsanteile des Bundes			
	Die Anteile ergeben sich aus den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen; die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider.			
	341 Ertragsanteile der Kantone			
	Die Ertragsanteile der Kantone aus den Quellensteuern ergeben sich aufgrund interkantonalen Verrechnungen. Die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider.			
	342 Ertragsanteile der Gemeinden			
	– aus Gewinn- und Kapitalsteuern	+27'667'000	+18'576'000	+20'434'000
	– aus Quellensteuern	+4'312'000	+4'528'000	+4'754'000
	– aus Grundstückgewinnsteuern	+1'640'000	+1'723'000	+1'808'000
	Total	+33'619'000	+24'827'000	+26'996'000

Die Anteile ergeben sich aus den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen; die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider. Total erhöhen sich die Ertragsanteile der Gemeinden gemäss Aufgaben- und Finanzplan 2012 gegenüber dem Voranschlag 2011 um 33.6 Mio. Franken. Zwischen dem Aufgaben- und Finanzplan 2012 und dem Aufgaben- und Finanzplan 2013 beträgt die Erhöhung 24.8 Mio. Franken; zwischen dem Aufgaben- und Finanzplan 2013 und dem Aufgaben- und Finanzplan 2014 ergibt sich eine Erhöhung von 27.0 Mio. Franken.

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
135	5105 Kantonale Steuern (Fortsetzung)			
	344 Ertragsanteile Dritter			
	– aus Quellensteuern	+261'000	+274'000	+288'000
	– aus Gewinn- und Kapitalsteuern	+4'789'000	+3'215'000	+3'536'000
	Total	+5'050'000	+3'489'000	+3'824'000

Die Ertragsanteile Dritter beinhalten jenen Anteil an den Gewinn- und Kapitalsteuern, der an die mit hohen Steuern belasteten Kirchgemeinden fällt (22.5 Prozent der festen Zuschläge von 220 Prozent der einfachen Steuer) sowie den Fiskalausgleich an Österreich von 12.5 Prozent des Steueraufkommens von österreichischen Grenzgängern in privatrechtlichem Arbeitsverhältnis.

Die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider. Total erhöhen sich die Ertragsanteile Dritter gemäss Aufgaben- und Finanzplan 2012 um 5.0 Mio. Franken. Zwischen dem Aufgaben- und Finanzplan 2012 und dem Aufgaben- und Finanzplan 2013 beträgt die Erhöhung 3.5 Mio. Franken; zwischen dem Aufgaben- und Finanzplan 2013 und dem Aufgaben- und Finanzplan 2014 ergibt sich eine Erhöhung von 3.8 Mio. Franken.

400 Einkommens- und Vermögenssteuern				
– Sollbetrag Jahressteuern	+34'080'000	+33'849'000	+36'243'000	
– Sollbetrag Nachzahlungen	+2'869'000	0	+3'012'000	
Total	+36'949'000	+33'849'000	+39'255'000	

Aufgrund der mutmasslichen Rechnung 2010 sowie der angenommenen Einkommens- und Vermögensveränderungen wird für den Aufgaben- und Finanzplan 2012 mit einem Einkommenszuwachs gegenüber dem Voranschlag 2011 von 3.0 Prozent und mit Vermögenszuwachs von ebenfalls 3.0 Prozent gerechnet. Die Nachzahlungen erhöhen sich gegenüber dem Voranschlag 2011 um 2.9 Mio. Franken.

Für den Aufgaben- und Finanzplan 2013 wird mit einem Einkommenszuwachs gegenüber dem Aufgaben- und Finanzplan 2012 von 2.75 Prozent und mit Vermögenszuwachs von 4.0 Prozent gerechnet. Die Nachzahlungen bleiben gegenüber dem Aufgaben- und Finanzplan 2012 unverändert.

Für den Aufgaben- und Finanzplan 2014 wird mit einem Einkommenszuwachs gegenüber dem Aufgaben- und Finanzplan 2013 von 2.75 Prozent und mit Vermögenszuwachs von 5.0 Prozent gerechnet. Die Nachzahlungen erhöhen sich gegenüber dem Aufgaben- und Finanzplan 2013 um 3.0 Mio. Franken.

Diese Aufgaben- und Finanzplanwerte basieren auf einem gleichbleibenden Kantonssteuerfuss von 95 Prozent.

401 Gewinn- und Kapitalsteuern				
– Sollbetrag Kantonssteuern	+20'218'000	+13'575'000	+14'933'000	
– Sollbetrag Steuerzuschläge	+46'820'000	+31'437'000	+34'581'000	
Total	+67'038'000	+45'012'000	+49'514'000	

Aufgrund der mutmasslichen Rechnung 2010 sowie der angenommenen Gewinn- und Kapitalveränderungen wird für den Aufgaben- und Finanzplan 2012 mit einer Gewinnzunahme gegenüber 2011 von 17.5 Prozent und gleichbleibendem Kapital gerechnet.

Für den Aufgaben- und Finanzplan 2013 wird mit einer Gewinnzunahme gegenüber dem Aufgaben- und Finanzplan 2012 von 10.0 Prozent und gleichbleibendem Kapital gerechnet.

Für den Aufgaben- und Finanzplan 2014 wird mit einer Gewinnzunahme gegenüber dem Aufgaben- und Finanzplan 2013 von ebenfalls 10.0 Prozent und gleichbleibendem Kapital gerechnet. Diese Finanzplanwerte basieren auf einem gleichbleibenden Kantonssteuerfuss von 95 Prozent.

402 Quellensteuern				
Beim Quellensteuer-Ertrag auf Erwerbseinkünften von natürlichen Personen mit steuerrechtlichem Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz wird gemäss mutmasslicher Rechnung 2010 für den Aufgaben- und Finanzplan 2012 mit einer Erhöhung gegenüber dem Vorschlag 2011 um 5.0 Prozent gerechnet. Für den Aufgaben- und Finanzplan 2013 und 2014 wird ebenfalls mit einem weiteren Zuwachs von je 5.0 Prozent gerechnet.				

Seite Budget-
Titel Nr.

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
135	5105 Kantonale Steuern (Fortsetzung)			
	403 Grundstücksgewinnsteuern			
	– Sollbetrag Kantonssteuern	+1'298'000	+1'364'000	+1'431'000
	– Sollbetrag Steuerzuschläge	+3'007'000	+3'157'000	+3'316'000
	Total	+4'305'000	+4'521'000	+4'747'000

Die Immobilien- und Baubranche im Kanton St.Gallen befindet sich nach wie vor in einer positiven Entwicklung. Für den Aufgaben- und Finanzplan 2012 wird deshalb mit einem Wachstum von 5.0 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2011 gerechnet. Für den Aufgaben- und Finanzplan 2013 und 2014 wird ebenfalls mit einem Zuwachs von je 5.0 Prozent gerechnet.

405 Erbschafts- und Schenkungssteuern

Bei den Erbschaftssteuern wird aufgrund der demographischen Entwicklung für den Aufgaben- und Finanzplan 2012 mit einem Mehrertrag von 4.0 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag 2011 gerechnet. Für den Aufgaben- und Finanzplan 2013 und 2014 wird ebenfalls mit einer Erhöhung von je 4.0 Mio. Franken gerechnet.

421 Vermögenserträge aus Guthaben

– Zinsertrag aus Einkommens- und Vermögenssteuern	+326'000	0	0
– Zinsertrag aus Quellensteuern	–20'000	0	0
Total	+306'000	0	0

Mit den Schlussrechnungen werden dem Steuerpflichtigen die Ausgleichszinsen auf dem veranlagten Steuerbetrag ab dem Verfalltag (Art. 86bis StV) belastet. Der Umstand, dass die laufenden Steuern nur vorläufig in Rechnung gestellt werden, lässt grundsätzlich einen Anstieg der Steuer rückstände erwarten. Andererseits darf festgestellt werden, dass der Stand des Zahlungseingangs per Ende 2010 diese Tendenz wieder relativiert. Sodann wird auch entscheidend sein, wie rasch im Einzelfall die definitiven Veranlagungen und damit die Schlussrechnungen vorgenommen werden können. Insgesamt ist im Zinsbereich für den Aufgaben- und Finanzplan 2012 mit einem Mehrertrag von 0.3 Mio. Franken zu rechnen. Für den Aufgaben- und Finanzplan 2013 und 2014 wird mit einem gleichbleibenden Ertrag gerechnet.

135 **5106 Bundessteuern**

440 Anteile an Bundeseinnahmen

Die zu erwartenden Anteile an der direkten Bundessteuer basieren auf kantonsinternen Berechnungen sowie bezüglich Zuwachsprognosen auf den Schätzungen der Eidg. Steuerverwaltung. Aufgrund des heutigen Kenntnisstandes kann davon ausgegangen werden, dass der Ertrag im Aufgaben- und Finanzplan 2012 um 7.6 Mio. Franken besser ausfallen wird wie der Voranschlag 2011. Im Aufgaben- und Finanzplan 2013 wird mit einem Mehrertrag von 8.3 Mio. Franken gegenüber dem Aufgaben- und Finanzplan 2012 gerechnet; im Aufgaben- und Finanzplan 2014 nochmals mit einem Mehrertrag von 9.0 Mio. Franken gegenüber dem Aufgaben- und Finanzplan 2013.

136 **5500 Vermögenserträge**

330 Abschreibungen auf Finanzvermögen

Das Bundesverwaltungsgericht, St.Gallen wird per 01.01.2012 vermietet. Dieses Gebäude befindet sich im Finanzvermögen des Kantons und wird nach 50 Jahren der Eidgenossenschaft unentgeltlich übergeben. Damit diese Aktivanlage in der Bilanz in spätestens 50 Jahren auf Null abgeschrieben worden ist, muss vom Nettomietzins ertrag (Mietzinszahlung des Bundes abzgl. Einlage in den Erneuerungsfonds) jährlich ein entsprechender Betrag zur Abschreibung verwendet werden.

420 Vermögenserträge aus Post und Banken

Aufgrund der erwarteten Zinssteigerung werden die Sonderkonditionen auf den jeweiligen Bankkonten entsprechend wegfallen. Die freie Liquidität wird dadurch wieder vermehrt im Geldmarkt angelegt.

421 Vermögenserträge aus Guthaben

Durch den Wegfall der Sonderkonditionen auf den Bankkonten wird die freie Liquidität vermehrt im Geldmarkt angelegt. Gleichzeitig führen die geplanten Finanzierungsfehlbeträge zu entsprechendem Liquiditätsabfluss.

Seite Budget-
Titel Nr.

136	5500	Vermögenserträge (Fortsetzung)			
		422 Vermögenserträge aus Anlagen des Finanzvermögens			
		Die zur Rückzahlung fällig werdenden Anlagen werden nicht mehr in dieser Kontengruppe geplant (siehe Konto 5500.421).			
136	5501	Passivzinsen	Veränderung	Veränderung	Veränderung
			AFP 2012	AFP 2013	AFP 2014
		320 Zins auf laufenden Verpflichtungen			
		Es wird bei gleichbleibenden Verpflichtungen mit einem leichten Zinsanstieg gerechnet.			
		322 Zins auf mittel- und langfristigen Schulden			
		– Zins auf Darlehen	–370'800	+3'995'800	+12'375'000
		– Zins auf Kassarheine	0	–1'184'800	–127'700
		Total	–370'800	+2'811'000	+12'247'300
		Die vorliegenden Finanzplanzahlen gehen davon aus, dass gegen Ende 2013 die vorhandene Liquidität aufgebraucht ist und dementsprechend neues Fremdkapital beschafft werden muss. Das bis zu diesem Zeitpunkt zur Rückzahlung fällig werdende Fremdkapital muss noch nicht refinanziert werden.			
		328 Zins auf Sonderrechnungen			
		Es wird mit einem leicht Zinsanstieg gerechnet.			
136	5505	Abschreibungen	Veränderung	Veränderung	Veränderung
			AFP 2012	AFP 2013	AFP 2014
		331 Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen			
		Kantonsstrassenbau	+7'255'000	+15'000'000	+4'500'000
		Hochbauten			
		– 2003–2012 Polizeistützpunkt Schmerikon, Neubau	–52'400	–929'400	0
		– 2004–2013 Anstalt Bitzi, Umbau in Massnahmenanstalt	0	–1'448'500	–181'200
		– 2004–2013 GBS St.Gallen, Dreifachturnhalle ..	–24'100	–764'300	0
		– 2005–2014 Universität St.Gallen, Erweiterung WBZ Holzweid	0	0	–257'400
		– 2009–2013 Kantonsspital St.Gallen, Haus 57, Sanierung und Umnutzung	0	0	–1'660'000
		– 2009–2013 Spital Walenstadt, Erweiterung Notfallstation	0	0	–980'000
		– 2012–2021 Kantonsspital St.Gallen, Ausbau ZNA I	+1'100'000	0	0
		– 2012–2021 Psych. Klinik Pfäfers, Sanierung Klostergebäude	+1'600'000	0	0
		– 2012–2021 KS Sargans, Ausbau und Sanierung	+5'600'000	0	0
		– 2013–2017 Fischzuchtanlage Bodensee, Neubau	0	+1'400'000	0
		– 2013–2017 Kantonsspital St.Gallen, Sanierung Haus 54 Lernhaus	0	+800'000	0
		– 2013–2017 Kantonsspital St.Gallen, Sanierung und Erweiterung Haus 02	0	+1'000'000	0
		– 2013–2017 Psych. Klinik Wil, Teilsanierung Haus A01	0	+1'200'000	0
		– 2013–2022 Regionalgefängnis Altstätten, Erweiterung	0	+2'000'000	0
		– 2013–2022 Fachhochschulzentrum Bahnhof Nord, St.Gallen	0	+7'609'800	0
		– 2014–2018 Kantonsspital St.Gallen, Notstromversorgung	0	0	+1'400'000
		– 2014–2023 Landw. Zentrum SG, Umbau und Erweiterung	0	0	+4'000'000
		– 2014–2023 KS Wattwil, Ausbau und Sanierung	0	0	+6'000'000

Seite Budget-
Titel Nr.

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
136	5505 Abschreibungen (Fortsetzung)			
	331 Abschreibungen auf			
	Verwaltungsvermögen (Fortsetzung)			
	– 2014–2023 Kantonsspital St.Gallen, Sanierung Energiezentrale	0	0	+1'400'000
	– 2014–2023 Klanghaus Toggenburg, Neubau . .	0	0	+2'500'000
	– 2014–2023 Spitäler Altstätten, Grabs, Linth und Wattwil, Erneuerung/Erweiterung, 1. Teilkredit	0	0	+10'000'000
	Technische Einrichtung			
	– 2008–2012 E-Government	–11'400	–1'308'600	0
	– 2012–2016 Baubewilligungsverfahren	+1'200'000	0	0
	– 2013–2014 E-Government, 2. Teilkredit	0	+1'200'000	0
	Investitionsbeiträge			
	– 2001–2012 Stadion St.Gallen-West	–300	–955'700	0
	– 2007–2011 Südostbahn, 9. Vereinbarung	–1'064'900	0	0
	– 2008–2012 Kunst(Zeug)Haus Rapperswil-Jona .	0	–840'000	0
	– 2008–2012 S-Bahn St.Gallen, Publikumsanlagen SBB	0	–977'400	0
	– 2008–2012 Sonnenhof Ganterschwil, Erweite- rung und Sanierung	0	–1'600'000	0
	– 2008–2012 Südostbahn, Technische Verbesse- rungen	–300	–1'382'500	0
	– 2009–2013 Südostbahn, technische Verbesserungen 2008	0	–200	–1'404'900
	– 2010–2014 Südostbahn, technische Verbesserungen 2009	0	0	+100
	– 2012–2016 Naturmuseum St.Gallen, Neubau . .	+1'400'000	0	0
	– 2012–2016 Südostbahn, Investitionsverein- barung 2011	+1'600'000	0	0
	– 2012–2016 S-Bahn Zürich, Teilergänzung Zürich-Ziegelbrücke	+600'000	0	0
	– 2012–2021 Kunstmuseum St.Gallen, Um- und Neubau	+1'300'000	0	0
	– 2012–2021 S-Bahn St.Gallen 2013	+4'991'400	0	0
	– 2012–2021 HSR Rapperswil, Forschungszentrum	+3'000'000	0	0
	– 2012–2021 NTB Buchs, Neubau Laborgebäude	+1'100'000	0	0
	– 2013–2017 Bahnhofplatz St.Gallen, Bushof . . .	0	+1'000'000	0
	– 2013–2017 Verein Landscheide Wald-Schönen- grund, Neubau Wohngebäude / Erweiterung Wohnheim	0	+800'000	0
	– 2013–2017 HPV Gossau-Untertoggenburg-Wil, Erweiterung Schule und Internat	0	+1'200'000	0
	– 2013–2017 Sprachheilschule St.Gallen	0	+1'200'000	0
	– 2013–2022 HPV Gossau-Untertoggenburg-Wil, Wertstätten und Sanierung Buechwäldli	0	+900'000	0
	– 2013–2017 Südostbahn, Investitionsverein- barung 2012	0	+1'400'000	0
	– 2013–2022 Valida St.Gallen	0	+1'200'000	0
	– 2013–2022 NTB Buchs, Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal (IZR)	0	+3'000'000	0
	– 2014–2018 Appenzellerbahnen, Durchmesser- linien	0	0	+800'000
	– 2014–2018 Südostbahn, Investitionsverein- barung 2013	0	0	+1'200'000
	Total	+29'593'000	+30'703'200	+27'316'600

Die Basis für die Berechnung der abzuschreibenden Investitionen im Bereich der Hochbauten, technische Einrichtungen sowie Investitionsbeiträge bildet der priorisierte Investitionsplan 2011–2014.

Seite Budget-
Titel Nr.

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
137	5509			
	Verschiedene Aufwendungen und Erträge			
	312 Informatik			
	– Informatik-Investitionen	–6'666'400	+6'390'300	+4'670'900
	– Informatik-Betriebskosten	–2'000'000	0	0
	Total	–8'666'400	+6'390'300	+4'670'900

Im vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan 2012-2014 sind die einzelnen Informatik-Investitionsvorhaben in den entsprechenden Ämtern, Abteilungen und Anstalten erfasst. Für das Jahr 2012 übersteigt diese Detailplanung den jährlichen Plafonds (rund 10.5 Mio. Franken) für neue Informatikvorhaben um rund 6.7 Mio. Franken. Aus diesem Grund wurde zentral eine entsprechende Pauschalkürzung erfasst. In den Jahren 2013 und 2014 musste im Gegensatz zum Vorjahr eine pauschale Anhebung auf die Höhe des Plafonds von 0.3 Mio. Franken bzw. 4.4 Mio. Franken erfasst werden. Im Bereich der Informatik-Betriebskosten wurden bei den Istkosten der Vorjahre die jeweiligen Plankosten um rund Fr. 1.5 Mio. Franken unterschritten. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass in Zukunft die Kosten für die Datenspeicherung kantonsweit um 0.5 Mio. Franken günstiger werden. Aus diesen Gründen wurde zentral eine entsprechende Pauschalkürzung erfasst.

440 Anteile an Bundeseinnahmen

Gemäss Schätzung der Eidg. Steuerverwaltung wird der Kantonsanteil am EU-Zinsbesteuerungsertrag in den Jahren 2012 und 2013 leicht ansteigen.

447 Finanz- und Lastenausgleich

– Ressourcenausgleich	–12'116'800	–28'481'500	–7'458'600
-----------------------------	-------------	-------------	------------

Der zukünftige Ertrag im Rahmen des Ressourcenausgleichs (NFA) wird auf Basis der heute zur Verfügung stehenden Grundlagen hochgerechnet. Der Rückgang ist insbesondere auf das gegenüber den übrigen Kantonen leicht ansteigende Ressourcenpotential zurückzuführen (relative Verbesserung gegenüber dem schweizerischen Durchschnittswert).

488 Entnahme aus Eigenkapital

Die Entnahme von freiem Eigenkapital ist im vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan 2012–2014 noch nicht enthalten, was gegenüber dem Voranschlag 2011 zu einem «Minderertrag» von 125 Mio. Franken führt. Die Entnahme aus dem besonderen Eigenkapital wird um 10 Mio. Franken von bisher 30.6 Mio. Franken im Voranschlag 2011 auf 20.6 Mio. Franken in den Jahren 2012 bis 2014 reduziert.

137 **5600 Allgemeiner Personalaufwand**

301 Besoldungen

Ordentliche Erhöhung Personalaufwand um 0.9 Prozent gemäss Richtlinien der Regierung: Fr. 5'200.–; zentraler Kredit Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Massnahme 13 der St.Galler Agenda zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie): Fr. 120'000.

308 Pauschale Besoldungskorrekturen

Das Personalgesetz wird voraussichtlich Anfang 2012 in Kraft gesetzt. Die in der Botschaft der Regierung vom 27. April 2010 (22.10.05) ausgewiesenen Kosten werden somit ab 2012 finanzwirksam. In den Finanzplanjahren werden keine Teuerungsanpassungen geplant. Die mit dem Voranschlag 2011 gewährte Teuerung ist berücksichtigt.

309 Anderer Personalaufwand

Mehrkosten aus dem Projekt Revision Versicherungskassen.

Seite Budget-
Titel Nr.

- 6 Baudepartement**
- 138 **6000 Generalsekretariat BD**
312 Informatik
Projektteilkredit für das Projekt Scanning, Dokumentenmanagementsystem und Elektronisches Archiv entfällt ab 2012.
- 138 **6001 Wohnbauförderung**
312 Informatik
2012: Ablösung WEG-Applikation. Dies führt zu einer Reduktion des Personalaufwands ab 2013.
- 139 **6050 Amt für Raumentwicklung und Geoinformation**
301 Besoldungen
2012: Umsetzung Regierungsprogramm: 1 Stelle Kantonsplaner
2013: Umsetzung Regierungsprogramm: 1.5 Stellen Kantonsplaner / Ortsplaner
309 Anderer Personalaufwand
Siehe Erläuterungen zu den Gesetzesvorhaben.
360 Staatsbeiträge
Staats- und Bundesbeiträge an die Erneuerung der amtlichen Vermessung (Programm- bzw. Leistungsvereinbarung als Grundlage).
Im Jahr 2011 werden den Gemeinden Projekte zugesichert, die eine hohe prozentuale Kantons- und Bundesbeteiligung auslösen (z.B. Anpassung an neuen Bezugsrahmen LV95).
431 Gebühren für Amtshandlungen
Einzelmassnahme zur Reduktion des Aufwandüberschusses: Erhöhung der Gebühren für Bewilligungen und Genehmigungen ab 2012.
460 Beiträge für eigene Rechnung
Bundesbeiträge (gemäss Programmvereinbarung 2008–2011 bzw. Leistungsvereinbarung 2010).
Wegen der Verschiebung der Operate auf 2011 wird der zugesicherte Bundesbeitrag entsprechend höher.
- 139 **6100 Amtsleitung HBA**
318 Dienstleistungen und Honorare
Teuerungsanpassungen, Aufbau eines IT unterstützten Immobiliencontrollings.
489 Bevorschussungen
Bevorschussung Projektierungskosten: Teuerungsanpassungen.
- 140 **6105 Verwaltung der Staatsliegenschaften**
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge
Einzelmassnahme zur Reduktion des Aufwandüberschusses: Senkung der Erneuerungsquote beim Mobiliar.
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt
Einlage von 1% der Nettoinvestitionssumme in den Erneuerungsfonds «Bundesverwaltungsgericht».
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten
2012/2013: Veränderter Bedarf an Mietfläche infolge Bezug des Verwaltungszentrums Oberer Graben.
2014: indexierte Mietzinsanpassungen.
Einzelmassnahme zur Reduktion des Aufwandüberschusses: Reduktion der Mieten durch Verdichtung.
318 Dienstleistungen und Honorare
2012/2013: Konzept für Verdichtungsmassnahmen (Mietzinsreduktion): Auftrag an Dritte je Fr. 200'000.
Einzelmassnahme zur Reduktion des Aufwandüberschusses: Bewachungszeitraum für die Staatsliegenschaften reduzieren.
423 Liegenschaftserträge des Finanzvermögens
Miete Bundesverwaltungsgericht: Fr. 3'260'600
Miete Bahnhofplatz 5, Rosenbergstrasse 55: Fr. 540'000
Verschiebung aus Konto 6105.427.

Seite Budget-
Titel Nr.

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
140	6105			
	Verwaltung der			
	Staatsliegenschaften (Fortsetzung)			
	427 Liegenschaftserträge des			
	Verwaltungsvermögens			
	– Miet-/Pachtzinsen	–700'000	0	0
	– Miete Dienstwohnungen	+800	0	0
	– Nutzungsentschädigungen Hochschulen . . .	+1'757'300	–330'000	0
	– Nutzungsentschädigungen Fachhochschulen	–83'800	–312'000	0
	– Nutzungsentschädigungen Spitalbauten . . .	+1'518'000	+4'673'100	+33'300
	– Nutzungsentschädigungen Psychatriebauten	+12'729'800	+1'279'600	–405'000
	– Nutzungsentschädigungen Laborbauten . . .	+16'500	+32'500	–10'300
	Total	+15'238'600	+5'343'200	–382'000

Miet-/Pachtzinsen 2012: Verschiebung ins Konto 6105.423.

Nutzungsentschädigungen allgemein: Veränderungen infolge Zinsschwankungen und angepasster Liegenschaftszeitwerte.

Ab 2012 werden neu auch Nutzungsentschädigungen für Psychatriebauten verrechnet.

451 Rückerstattungen der Kantone

Zins- und Amortisationsanteil der Konkordatskantone der Fachhochschule Nord für die nächsten 25 Jahre.

140 **6106 Bauten und Renovationen**
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt
 Erhöhung aufgrund der Investitionspriorisierung: Massnahmen für Substanzerhaltung und betriebliche Optimierung.

141 **6152 Gemeindestrassen**
360 Staatsbeiträge
 Die Zusicherungen für die werkgebundenen Beiträge an die Gemeinden erfolgen in Abstimmung mit den entsprechenden Vorhaben. Nicht werkgebundene Beiträge an die Gemeinden gemäss Strassenrechnung.

141 **6153 Kantonsstrassen**
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt
 Teuerungsbedingte Mehrkosten beim Strassenoberbau.

142 **6154 Nationalstrassen**
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt
 Der Aufwand variiert je nach Auftragsvolumen des Bundesamtes für Strassen (ASTRA). Die Kosten werden vom ASTRA rückerstattet (Konto 6154.450).
438 Eigenleistungen für Investitionen
 Ab 2012 werden voraussichtlich keine Leistungen mehr für Aufträge des ASTRA im Zusammenhang mit auslaufenden Projekten und Massnahmen NFA erbracht.
450 Rückerstattungen des Bundes
 Die Erträge sind abhängig vom Auftragsvolumen des ASTRA gemäss Konto 6154.314. Mindereinnahmen aus dem Kostensenkungsprozess für die globale Entschädigung des ASTRA.

142 **6156 Gewässer**
301 Besoldungen
 Ein zusätzlicher technischer Mitarbeiter ab 2012 für den Vollzug des neuen Wasserbaugesetzes. Ein zusätzlicher technischer Mitarbeiter ab 2013 im Zusammenhang mit der geplanten neuen Verordnung zum Gewässerschutzgesetz des Bundes (Refinanzierung durch BAFU).
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt
 Projektierungs- und Baukosten für den Ausbau von Kantonsgewässern gemäss neuem Wasserbaugesetz. Ab 2013 sind grössere Bauvorhaben an Thur und Seez geplant.
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt
 Unterhalt Kantonsgewässer gemäss neuem Wasserbaugesetz.

Seite Budget-
Titel Nr.

- 142 **6156 Gewässer (Fortsetzung)**
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
Mehraufwand für Aufträge an Dritte beim Projekt Richtplan 01, Ökomorphologie Fließgewässer. Minderaufwand für Ingenieur- und Beratungshonorare beim Projekt Naturgefahren.
 - 360 Staatsbeiträge**
Erhöhung der Staatsbeiträge für Gewässerbauten und Renaturierungen gemäss neuem Wasserbaugesetz. Geplante Erhöhung des Staatsbeitrages an den Rheinfonds.
 - 460 Beiträge für eigene Rechnung**
Minderertrag aus Bundesbeiträgen an das Projekt Naturgefahren. Ab 2013 Mehrertrag aus Bundes- und Gemeindebeiträgen an den Ausbau der Kantonsgewässer.
- 143 **6159 Steinbruch Starckenbach**
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
Beschaffung von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten gemäss Mehrjahresplanung.
 - 314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt**
Mit der Etappe 2011 werden dringend notwendige Investitionen getätigt, um die Produktionsabläufe zu verbessern. Eine weitere Etappe ist für 2013 budgetiert.
 - 381 Zuweisung an Rückstellungen**
Ausgleich des Ergebnisses in den Jahren 2012 und 2014.
 - 481 Entnahme aus Rückstellungen**
Ausgleich des Ergebnisses im Jahr 2013.
- 144 **6200 Amt für Umwelt und Energie**
- 301 Besoldungen**
Ab 2012 sind zwei zusätzliche Stellen für die Abwicklung des Gebäudeprogramms geplant. Der Aufwand für diese Stellen ist gedeckt, da der Bund die Gesuchsabwicklung pauschal mit Fr. 550.– je Gesuch vergütet.
1 Stelle aufgrund Verschiebung Vollzugsaufgabe von den Gemeinden zum Kanton im Bereich Altlasten: siehe Erläuterungen zu Gesetzesvorhaben (EG zum USG).
 - 309 Anderer Personalaufwand**
Siehe Erläuterungen zu den Gesetzesvorhaben (EG zum USG und Energieagentur).
 - 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
Der Finanzbedarf an Geräten und Instrumenten im Labor, bei Luftemissions- und Luftimmissionsmessungen (Ostluft) und in der Hydrometrie richtet sich nach dem mehrjährigen Investitionsplan des AFU und nach dem Hydrometrie-Konzept 2009.
 - 312 Informatik**
Einmaliger Mehraufwand für die Anpassung der EDV-Infrastruktur im Zusammenhang mit der Schaffung des Kompetenzzentrums «Energie St.Gallen».
 - 314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt**
Minderaufwand nach Abschluss der II. Etappe der Erneuerung eines Abschnitts der Dorfbadleitung Bad Ragaz (Zuständigkeit Kanton) in Abstimmung mit einer Strassensanierung.
 - 318 Dienstleistungen und Honorare**
Minderaufwand nach Abschluss der Überarbeitung des Massnahmenplans nach Luftreinhalteverordnung.
 - 319 Anderer Sachaufwand**
Altlastensanierungen (teilweise rückerstattet, siehe Konto 6200.460). Siehe Erläuterungen zu den Gesetzesvorhaben (EG zum USG).
Leistungsauftrag an Energieagentur. Siehe Erläuterungen zu den Gesetzesvorhaben.
 - 360 Staatsbeiträge**
Mehraufwand für Kantonsbeiträge an Abwasserreinigungsanlagen durch die Verschiebung der Beiträge des Bundes ins Jahr 2012. Erhöhung der Kreditlimite des Sonderkredits Energieförderungsprogramm 2008-2012 (10 Mio. Franken) im Rahmen des Voranschlags 2012. Ab 2013 Nachfolge-Sonderkredit für das Energieförderungsprogramm 2013-2016 (vgl. Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite).
 - 431 Gebühren für Amtshandlungen**
Ab 2014 höhere Gebühren im Bereich Abfall/Deponien.
 - 460 Beiträge für eigene Rechnung**
Höherer Bundesbeitrag an das Energieförderungsprogramm 2008-2012.
Rückerstattung von Altlastensanierungen. Siehe Erläuterungen zu den Gesetzesvorhaben (EG zum USG).

Seite Budget-
Titel Nr.

7 Sicherheits- und Justizdepartement

- 145 **7150 Ausländeramt**
312 Informatik
Für 2012 sind die Anpassung der Applikationen Elektronisches Archiv (ELAR) und Workflow (WF) mit Buchhaltungsprozessen sowie die Weiterentwicklung der Anwendung Geschäftsstatistik geplant.
- 146 **7151 Asylwesen**
312 Informatik
Im 2012 Ablösung der Fachapplikation für die Bewohnerverwaltung durch ELAR und WF des Ausländeramtes.
- 146 **7152 Passbüro**
309 Anderer Personalaufwand
Kosten für den Betrieb zweier regionaler Erfassungsstellen für Biometriedaten für den Schweizer Pass, die Identitätskarte und den Ausländerausweis.
319 Anderer Sachaufwand
Begründung siehe Konto 7152.309.
- 147 **7200 Amt für Justizvollzug**
301 Besoldungen
Im 2012 zwei zusätzliche Stellen für die Strategische Massnahme «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» und im 2013 zwei zusätzliche Stellen für die Betreuung des Wohn- und Arbeitsexternats im Massnahmenzentrum Bitzi.
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge
Ersatzanschaffungen verschiedener Fahrzeuge und Maschinen in Landwirtschafts- und Gewerbebetrieben der Anstalten.
318 Dienstleistungen und Honorare
Mehraufwand für Arbeitsentgelte der Insassen aufgrund der höheren Belegung und der zu erwartenden längeren Aufenthaltsdauern in der Strafanstalt Saxerriet. Die höhere Auslastung des Massnahmenzentrums Bitzi führt zu Mehraufwand für Therapeutenhonorare.
360 Staatsbeiträge
Ab 2012 Mehraufwand für die Förderung von Bildungsmassnahmen für Insassen. Dieser wird im Kostgeld der Anstalten den einweisenden Behörden in Rechnung gestellt. Dieses wurde bereits auf 2011 u.a. auch zur Abgeltung dieses Mehraufwands erhöht.
432 Spitaltaxen und Kostgelder
Höhere Auslastung im Massnahmenzentrum Bitzi.
- 147 **7250 Kantonspolizei**
301 Besoldungen
Einerseits Erhöhung für Stufenanstiege und Beförderungen. Andererseits laufende Übernahme der neu ausgebildeten Polizeischüler sowie Übertreter aus anderen Polizeikorps. Gegenüber dem Bericht «Innere Sicherheit» der Regierung vom 13.01.2009 (40.09.01) erfolgt der Korpsausbau ab 2011 lediglich mit zehn neuen Stellen pro Jahr (statt 15).
303 Arbeitgeberbeiträge
Begründung siehe Konto 7250.301.
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge
Allgemein: Zusätzliche Maschinen und Fahrzeuge für Ausbau gemäss Bericht Innere Sicherheit sowie Ersatz bestehender Geräte und Fahrzeuge gemäss Fahrzeugkonzept und Altersstruktur. Neu- und Ersatzanschaffungen verschiedener technischer Geräte der Verkehrspolizei zur Erfüllung der Aufgaben.
312 Informatik
Einführung eines Bild- und Videoverwaltungssystems im 2012. Ersatz der Infrastruktur für den Betrieb der polizeilichen Fachapplikationen sowie des Einsatzleitsystems (ELIS) im 2013.
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt
Einerseits Mehraufwand für Reparaturen infolge höherem Fahrzeugbestand und technischen Geräten. Andererseits Rückgang der Betriebskosten für das alte Funknetz, das ab 2013 vollständig durch POLYCOM ersetzt wird.

Seite Budget-
Titel Nr.

- 147 **7250 Kantonspolizei (Fortsetzung)**
351 Entschädigungen an Kantone
Höhere Kosten der Polizeischule infolge mehr Polizeischüler.
437 Bussen
Mehrertrag aufgrund des Korpsausbaus gemäss dem Bericht «Innere Sicherheit» der Regierung vom 13.01.2009 (40.09.01).
- 148 **7300 Strassenverkehr**
301 Besoldungen
Erhöhung für Stufenanstiege und Beförderungen.
312 Informatik
2012: Betriebskosten für die im 2011 einzuführende Elektronische Archivierung. Ersatz der Hardware für die computerunterstützte Theorieprüfung und der Drucker für Ausweise im Kreditkartenformat. Elektronische Erfassung sämtlicher Motorfahrzeugdaten zur Vereinfachung der Fahrzeugprüfungen und der Berichtserfassungen.
2014: Einführung eines Online-Schalters.
431 Gebühren für Amtshandlungen
Ab 2012 wird ein Teil der Sonderbewilligungen vom Bund übernommen. Indessen sind Mehreinnahmen aufgrund der Zunahme der Geschäftsfälle zu erwarten.
- 149 **7301 Schifffahrt**
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge
Wegfall der einmaligen Aufwendungen aus dem Jahr 2011 für den Ersatz der Motoren beim Schiff des Seerettungsdienstes Rorschach.
- 149 **7309 Strassenfonds (SF)**
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen
Ausgleich des Überschusses des Strassenfonds für das Jahr 2012.
406 Besitz- und Aufwandsteuern
Voraussichtliche Zunahme des Fahrzeugbestandes mit entsprechenden Mehreinnahmen.
440 Anteile an Bundeseinnahmen
Bundesbeiträge an der LSVA gemäss Angaben der Oberzolldirektion.
460 Beiträge für eigene Rechnung
Anteil des Kantons St.Gallen am nicht werkgebundenen Mineralölsteueranteil.
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen
Ausgleich der Unterdeckung des Strassenfonds für die Jahre 2013 und 2014.
- 150 **7352 Staatsanwaltschaft**
301 Besoldungen
Erhöhung für Stufenanstiege und Beförderungen.
309 Anderer Personalaufwand
Einerseits Wegfall der externen Kurskosten für die Instruktion der neuen Schweizerischen Prozessordnung im 2012. Andererseits zusätzlicher Personalaufwand zur Abdeckung der Mehrarbeit infolge Einführung der Schweizerischen Straf- und Jugendstrafprozessordnung ab 2012. Der personelle Mehraufwand aufgrund ausgebauter Verfahrensrechte ist schwierig abzuschätzen. In den Jahren 2011 und 2012 sollen Erfahrungen gesammelt werden; gegenüber dem AFP 2011–2013 reduzierte Personalaufstockung.
312 Informatik
2012: Die Nutzung der Anwendungen i2-Analysetool und Scanning sollen auf zwei weitere Untersuchungsämter ausgedehnt werden (1. Etappe). Bisher war damit nur die Gruppe Wirtschaftsdelikte beim kantonalen Untersuchungsamt ausgerüstet.
2013: Einführung je eines Online-Schalters für den Schriftverkehr mit den Betreibungs- und Konkursämtern (1. Etappe) und Akteneinsichten bei der Staatsanwaltschaft.
2014: Die Nutzung der Anwendungen i2-Analysetool und Scanning sollen auf zwei weitere Untersuchungsämter ausgedehnt werden (2. Etappe). Einführung des Online-Schalters für den Schriftverkehr mit den Betreibungs- und Konkursämtern (2. Etappe).

Seite Budget-
Titel Nr.

- 150 **7352 Staatsanwaltschaft (Fortsetzung)**
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
Ab 2012 Mehraufwand für Untersuchungskosten infolge höherer Fallzahlen und Zunahme der komplexen und aufwändigen Strafverfahren v.a. im Bereich des Betäubungsmittelhandels mit Zunahme der Fälle mit Untersuchungshaft sowie Mehrkosten für externe Aufträge (Telefonüberwachungen und -auswertungen, Gutachten, Expertisen, DNA-Auswertungen); demgegenüber Mehrertrag in Konto 7352.431 und Konto 7352.436. Mehrkosten für ausseramtliche Entschädigungen (private Verteidigung) infolge höherer Komplexität der entsprechenden Fälle sowie höhere Vollzugskosten bei stationären Massnahmen Jugendlicher infolge vermehrt anspruchsvoller Platzierungen; demgegenüber Mehrertrag in Konto 7352.436.
- 319 Anderer Sachaufwand**
Entschädigungen an Freigesprochene für Verteidigung, Genugtuung für Freiheitsentzug und neu gemäss Art. 429 Schweiz. Strafprozessordnung auch für wirtschaftliche Einbussen, was zu entsprechendem Mehraufwand führt.
- 431 Gebühren für Amtshandlungen**
Ab 2012 Mehrertrag der Gebühren der Staatsanwaltschaft aus Strafbefehlen, Anklageschriften, Führung der Anklage vor Gericht usw. infolge höherer Fallzahlen sowie höherer Gebühren bei umfangreichen Strafbefehlen und Anklagen dank konsequenter Ausschöpfung des Tarifs.
- 436 Kostenrückerstattungen**
Mehrertrag der Rückerstattungen von Untersuchungskosten bei rechtskräftiger Verurteilung des Beschuldigten infolge Zunahme des Aufwandes für Untersuchungskosten (siehe Konto 7352.318).
- 150 **7400 Amt für Militär und Zivilschutz**
- 434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren**
Reduktion des Umfangs der Dienstleistungen für die Logistische Basis der Armee, insbesondere durch die Schliessung des Army Liq Shops auf den 31.12.2011.

Seite Budget-
Titel Nr.

8 Gesundheitsdepartement

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
152	8000 Generalsekretariat GD			
	301 Besoldungen			
	Zusätzlich benötigte Personalkapazitäten für die Prüfung und rechnungsbezogene Abwicklung zusätzlicher ausserkantonaler Hospitalisationen infolge der neuen Spitalfinanzierung ab dem Jahr 2012 (es wird mit einer Vervierfachung der Anzahl Fälle von in Rechnung gestellten ausserkantonalen Hospitalisationen gerechnet) sowie für eine neue Stelle IT-Architektur in Zusammenhang mit der Koordination im E-Health-Bereich gemäss Strategiebeschluss der Regierung.			
	312 Informatik			
	– Informatik-Investitionskosten	+110'000	+110'000	+120'000
	Minderaufwand durch Wegfall der im VA 2011 budgetierten Kosten für den Aufbau einer Modellregion E-Health Server-Plattform.			
	– Informatik-Betriebskosten	+630'400	+580'400	+430'400
	Mehraufwand in Zusammenhang mit dem Betrieb der Modellregion E-Health Server-Plattform, welche sich jedoch im Zeitverlauf reduzieren (Projekt ist auf 3 Jahre beschränkt).			
	Total	+740'400	+690'400	+550'400
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Post-, Fernmelde- und Bankgebühren	+26'600	+26'600	+26'600
	– Medizinische Fremdleistungen	+393'000	+403'000	+413'000
	Kontinuierliche Zunahme der FFE-Fälle.			
	– Abgaben und Versicherungen	+45'000	+45'000	+45'000
	– Kurs- und Projektkosten	+311'000	+311'000	+311'000
	– Verfahrens- und Vollzugskosten	+30'000	+30'000	+30'000
	– Aufträge an Dritte	+1'879'200	+1'879'200	+1'879'200
	Mehraufwand infolge Massnahmen zur Behebung der ärztlichen Nachwuchsproblematik im Psychiatrie-Bereich gemäss Strategiebeschluss der Regierung.			
	Total	+2'684'800	+2'694'800	+2'704'800
	360 Staatsbeiträge			
	Mehraufwand in Zusammenhang mit dem Beitritt des Kantons St.Gallen zur Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (Liste C) sowie Erhöhung des Kantonsbeitrags je Einwohnerin/Einwohner von Fr. 0.60 auf Fr. 1.00 an die Krebsliga St.Gallen Appenzell zur Führung des Krebsregisters (Anpassung an die effektiven Kosten).			
153	8050 Amt für Gesundheitsvorsorge	Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Post-, Fernmelde- und Bankgebühren	+23'500	+23'500	+23'500
	– Medizinische Fremdleistungen	+67'000	+67'000	+67'000
	– Kurs- und Projektkosten	+352'000	+202'000	+202'000
	Mehraufwand für die Durchführung der Gesundheitsbefragung der st.gallischen Bevölkerung (die letztmalige Durchführung erfolgte im Jahr 2002).			

Seite Budget-
Titel Nr.

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
153	8050 Amt für Gesundheitsvorsorge (Fortsetzung)			
	318 Dienstleistungen und Honorare (Fortsetzung)			
	– Aufträge an Dritte	+734'300	+518'800	+518'800
	Minderaufwand im Zentrum für Prävention aufgrund des voraussichtlichen Auslaufens des Projekts «smartconnection», denen Mindererträge im Konto 8050.436 gegenüberstehen.			
	Total	+1'176'800	+811'300	+811'300
	360 Staatsbeiträge			
	Mehraufwand für ein Präventionspaket gemäss Strategiebeschluss der Regierung.			
	436 Kostenrückerstattungen			
	Siehe Begründung zu Konto 8050.318 (Kontobereich Aufträge an Dritte).			
153	8109 Andere Aus- und Weiterbildung			
	351 Entschädigungen an Kantone			
	Wegfall der Beiträge an ausserkantonale Ausbildungen infolge Auslaufens der altrechtlichen Ausbildungen im Rahmen des Wechsels in der Bildungssystematik.			
	360 Staatsbeiträge			
	Minderaufwand infolge Wegfalls der Ausbildungsbeiträge an die Klinik Stephanshorn (aufgrund der neuen Spitalfinanzierung sind Ausbildungsbeiträge ab dem Jahr 2012 unter den Betriebsbeiträgen des Kantons an öffentliche, öffentlich subventionierte sowie private Spitäler und Kliniken subsumiert).			
	451 Rückerstattungen der Kantone			
	Wegfall der Einnahmen von ausserkantonalen Auszubildenden infolge Auslaufens der altrechtlichen Ausbildungen im Rahmen des Wechsels in der Bildungssystematik.			
153	8120 Lebensmittelkontrolle			
	301 Besoldungen			
	Bisher wurden Aufträge für Kontrolltätigkeiten im öffentlichen Veterinärdienst zu einem grossen Teil an private Tierarztpraxen vergeben. Es handelt sich dabei vor allem um Aufgaben in den Bereichen Fleischhygiene und Tiergesundheit. Seit dem 1. April 2007 ist die Bundesverordnung über die Aus-, Weiter- und Fortbildung der Personen im öffentlichen Veterinärdienst (SR 916.402) in Kraft. Gemäss dieser Verordnung dürfen Funktionen im öffentlichen Veterinärdienst nur noch von Tierärztinnen und Tierärzten ausgeübt werden, die über ein entsprechendes Fähigkeitszeugnis verfügen. Der Erwerb eines solchen Fähigkeitszeugnisses ist mit einem erheblichen zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden. Zudem muss der Beschäftigungsgrad für die Ausübung solcher Tätigkeiten mindestens 30 Prozent betragen und es dürfen keine Interessenskonflikte zwischen privater und amtlicher Tätigkeit entstehen. Aufgrund dieser Vorgaben wird es nicht möglich sein, gewisse Aufträge nach Ablauf der Übergangsfrist von fünf Jahren weiterhin an Tierarztpraxen zu vergeben, weil das dort tätige Personal nicht über die erforderlichen Fähigkeitszeugnisse verfügt. Mit insgesamt 200 Stellenprozenten können fünf, über den ganzen Kanton verteilte Tierärztinnen oder Tierärzte mit einem jeweiligen Pensum von 30–50 Prozent vor allem im Fleischhygienebereich die notwendigen Kontrollaufgaben durchführen. Im Voranschlag 2010 konnten bereits 100 Stellenprozente realisiert werden, die restlichen 100 Stellenprozente sollen im Jahr 2012 besetzt werden. Dem Mehraufwand stehen tiefere Aufwendungen im Konto 8120.318 gegenüber.			
154	8121 Tiergesundheit			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	Mit der fortschreitenden erfolgreichen Bekämpfung der Bovinen Virusdiarrhoe (BVD) werden die Kosten für Laboruntersuchungen, Tierentschädigungen und Aufträge an Tierarztpraxen abnehmen.			

Seite Budget-
Titel Nr.

154 **8129 Tierseuchenkasse (SF)**
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen
Dank geringeren Kosten für die Tierseuchenbekämpfung kann der Bestand der Tierseuchenkasse wieder erhöht werden.

154 **8200 Amt für Gesundheitsversorgung**

Ergänzende Erläuterungen zu den Rechnungsabschnitten 8200 bis 8241

1. KVG-Revision: Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung

Im Dezember 2007 haben National- und Ständerat der KVG-Revision und insbesondere der neuen Spitalfinanzierung zugestimmt. Aufgrund gewährter Übergangsfristen fallen die Mehrkosten für die Kantone erstmals ab 2012 an, d.h. mit dem Jahr der Einführung von SwissDRG. Folgende Änderungen wurden beschlossen:

Bereich	KVG (bisher)	KVG (neu)
Stationäre Spitalbehandlungen (inkl. Investitionskosten)	Die Kantone müssen – abgesehen von der Lehre und Forschung – mindestens 50 Prozent der anrechenbaren Kosten von stationären Spitalbehandlungen übernehmen. Die Investitionskosten von öffentlichen und öffentlich subventionierten Spitälern mussten zu 100 Prozent von den Kantonen finanziert werden.	Die Kantone müssen – abgesehen von der universitären Lehre und Forschung – mindestens 55 Prozent der anrechenbaren Kosten von stationären Spitalbehandlungen übernehmen. Stationäre Spitalbehandlungen werden neu nach SwissDRG vergütet. Die Investitionskosten gehören neu zu den anrechenbaren Kosten und werden von den Versicherern zu 45 Prozent mitfinanziert.
Innerkantonale Privatspitäler	Die Kantone mussten keine Beiträge an innerkantonale Privatspitäler entrichten.	Die Kantone müssen neu mindestens 55 Prozent der anrechenbaren Kosten von stationären Spitalbehandlungen in innerkantonalen Privatspitälern übernehmen, sofern diese auf der Spitalliste des Kantons St.Gallen figurieren.
Ausserkantonale Hospitalisationen	Die Kantone mussten nur Beiträge an medizinisch notwendige ausserkantonale Behandlungen in öffentlichen und öffentlich subventionierten Spitälern leisten.	Die Kantone müssen neu Beiträge an alle ausserkantonalen Behandlungen in Listenspitälern leisten – unabhängig davon, ob es sich um eine medizinisch notwendige ausserkantonale Behandlung handelt oder nicht und unabhängig davon, ob die Behandlung in einem öffentlichen oder privaten Spital stattfindet (freie Spitalwahl).

2. Belastungen für den Kanton St.Gallen

In folgenden Bereichen resultieren (verglichen mit der heutigen Finanzierung) zusätzliche Belastungen für den Kanton St.Gallen:

Öffentliche und öffentlich subventionierte Spitäler: Mit der neuen Spitalfinanzierung sind seitens der öffentlichen Hand insbesondere Beiträge an die universitäre Lehre und an die Forschung sowie Beiträge an die stationäre Versorgung von krankenversicherten Patientinnen und Patienten zu leisten. Beiträge an ambulante Behandlungen, an stationäre UV-IV-MV-Patientinnen und Patienten, an Hochbauten und Sonderkredite würden entfallen. Im Gegenzug müsste auf die Abschöpfung von Mehrerträgen von ausserkantonalen und ausländischen Patientinnen und Patienten sowie von Patientinnen und Patienten der Privatabteilung verzichtet werden. Ausgehend von den veranschlagten Fallzahlen von krankenversicherten stationären Patientinnen und Patienten der öffentlichen und öffentlich subventionierten Spitälern, dem Schweregrad der Behandlung, der Baserate (für akutsomatische Spitäler) bzw. der Tagesvollpauschale (für psychiatrische Kliniken und Rehabilitationskliniken), dem Kostenanteil der öffentlichen Hand und einem Investitionskostenzuschlag von 12 Prozent resultieren Mehrkosten von rund 3.8 Mio. Franken.

Mitfinanzierung Privatspitäler (innerkantonal): Die Kantone müssen sich neu an den Betriebs- und Investitionskosten von Privatspitälern (Kanton St.Gallen: Klinik Valens, Klinik Stephanshorn, Klinik St.Georg, Klinik Marienfried, Rosenklinik am See und Geburtshaus Artemis) beteiligen, sofern diese auf der kantonalen Spitalliste geführt werden. Bei einem Kostenanteil von 55 Prozent beträgt der Aufwand für den Kanton im Jahr 2012 rund 23.6 Mio. Franken. Ausgehend von dieser Basis wird in den Finanzplanjahren 2013 und 2014 auf Grundlage der zu erwartenden Frequenzen- und Kostenentwicklung mit einer jährlichen Steigerung des Kantonsbeitrags von 1.5 Prozent gerechnet.

Freie Spitalwahl: Bei Einführung der freien Spitalwahl muss sich der Kanton St.Gallen zusätzlich an rund 7'000 ausserkantonalen Hospitalisationen finanziell beteiligen (Hospitalisationen, die bereits heute ausserkantonal erfolgen, an denen sich der Kanton St.Gallen heute aber noch nicht beteiligt). Die Kosten für jährlich 7'000 zusätzliche ausserkantonale Behandlungen werden auf rund 33.6 Mio. Franken (7'000 Fälle x Fallschwere von 0.9 x Baserate von Fr. 8'735.- x Kostenanteil 0.55 – zuzüglich Investitionskostenzuschlag von 12 Prozent) veranschlagt. Gleichzeitig resultiert eine geringe Entlastung an den bisher vom Kanton mitfinanzierten medizinisch indizierten ausserkantonalen Hospitalisationen, weil der Kanton bei diesen Fällen den Investitionskostenanteil vollumfänglich finanzieren musste. Ausgehend von dieser Basis wird in den Finanzplanjahren 2013 und 2014 auf Grundlage der zu erwartenden Frequenzen- und Kostenentwicklung mit einer jährlichen Steigerung des Kantonsbeitrags von 1.5 Prozent gerechnet.

Gesamtübersicht Belastungen für den Kanton St.Gallen

Bereich	Belastung Kt. SG
Öffentliche und öffentlich subventionierte Spitäler	Fr. + 3.8 Mio.
Mitfinanzierung innerkantonale Privatspitäler	Fr. +23.6 Mio.
Freie Spitalwahl	Fr. +33.6 Mio.
Total Mehrkosten Kanton St.Gallen im Einführungsjahr 2012	Fr. + 61.0 Mio.

Netto belaufen sich die Mehrkosten für den Kanton St.Gallen aufgrund der neuen Spitalfinanzierung im Einführungsjahr 2012 somit auf rund 61 Mio. Franken.

Seite Budget-
Titel Nr.

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
154	8200 Amt für Gesundheitsversorgung (Fortsetzung)			
	360 Staatsbeiträge			
	– Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	+205'440'600	+217'590'600	+230'443'600
	Das ordentliche IPV-Volumen folgt nach Art. 14 EG zum KVG (sGS 331.11) der Entwicklung des Bundesbeitrages (siehe Konto 8200.460). Für den Aufgaben- und Finanzplan wird ein jährliches Wachstum des IPV-Volumens von 6 Prozent angenommen. Die im Zusammenhang mit der IPV nicht anrechenbaren Ersatzleistungen sind in den Jahren 2004–2009 jährlich um 2.7% angestiegen, für die Jahre 2012–2014 ist ebenfalls von einem jährlichen Anstieg von 2.7% auszugehen.			
	– Ausserkantonale Hospitalisation	+51'870'000	+52'650'000	+53'440'000
	Mehraufwand in Zusammenhang mit der neuen Spitalfinanzierung ab dem Jahr 2012 (ausführliche Erläuterungen dazu am Beginn von Rechnungsabschnitt 8200): Im Rahmen der freien Spitalwahl fallen zusätzliche Kosten für ausserkantonale Hospitalisationen an, davon ausgehend ist für die Jahre 2013 sowie 2014 aufgrund der Frequenz- und Kostenentwicklung mit jährlichen Wachstumsraten von 1.5% zu rechnen.			
	– Gemeinsame Einrichtung KVG	+4'400	+4'400	+4'400
	Total	+257'315'000	+270'245'000	+283'888'000

460 Beiträge für eigene Rechnung

Der Bundesbeitrag für die individuelle Prämienverbilligung (IPV) beträgt jeweils 7.5% der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Die Einführung der neuen Spitalfinanzierung führt im Jahr 2012 zu einem zusätzlichen Kostenanstieg. Sofern die ungenügenden kalkulatorischen Reserven der st.gallischen Krankenversicherer – wie vorgeschlagen – über die Rückvergütung der CO2-Abgabe sowie der Abgabe auf flüchtige organische Verbindungen (und nicht über ausserordentliche Prämienaufschläge) ausgeglichen werden, kann mit folgenden Wachstumsraten des Bundesbeitrags gerechnet werden: 2012 +6%; 2013 +6%; 2014 +6%. Mit den gleichen Wachstumsgrössen verändert sich auch der Kantonsbeitrag an die IPV (vergleiche Begründungen zu Konto 8200.360, Bereich IPV).

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
155	8205 Nichtstaatliche Spitäler und Kliniken			
	360 Staatsbeiträge			
	– Geriatriische Klinik am Bürgerspital St.Gallen	+10'220'000	+10'370'000	+10'530'000
	Mehraufwand in Zusammenhang mit der neuen Spitalfinanzierung ab dem Jahr 2012.			
	– Baubeiträge an nichtstaatliche Einrichtungen	+100'000	+100'000	+100'000
	– Ostschweizer Kinderspital	+17'990'000	+18'260'000	+18'530'000
	Das Ostschweizer Kinderspital wird nachschüssig subventioniert: Beiträge an die Rechnung 2011 des Kinderspitals fliessen in den Aufgaben- und Finanzplan 2012 des Kantons. Die Veränderungen in den Aufgaben- und Finanzplanjahren 2013 und 2014 sind auf die neue Spitalfinanzierung ab dem Jahr 2012 zurückzuführen.			

Seite Budget-
Titel Nr.

		Veränderung AFP 2012	Veränderung AFP 2013	Veränderung AFP 2014
155	8205 Nichtstaatliche Spitäler und Kliniken (Fortsetzung)			
	360 Staatsbeiträge (Fortsetzung)			
	– Rehabilitationsklinik Walenstadtberg	+5'350'000	+5'430'000	+5'510'000
	Die Rehabilitationsklinik Walenstadtberg wird über Fallbeiträge nachschüssig subventioniert: Beiträge an die Rechnung 2011 der Rehabilitationsklinik Walenstadtberg fliessen in den Aufgaben- und Finanzplan 2012 des Kantons. Die Veränderungen in den Finanzplanjahren 2013 und 2014 sind auf die neue Spitalfinanzierung ab dem Jahr 2012 zurückzuführen.			
	– Beiträge an stationäre Versorgung der Privatspitäler	+20'500'000	+20'810'000	+21'120'000
	Mehraufwand in Zusammenhang mit der neuen Spitalfinanzierung ab dem Jahr 2012 (Vergleiche dazu Rechnungsabschnitt 8200): Im Rahmen der Mitfinanzierung der innerkantonalen Privatspitäler sind neu Beiträge an die Kliniken Valens, Stephanshorn, St.Georg, Marienfried, Rosenklinik am See und an das Geburtshaus Artemis auszurichten, sofern diese Institutionen als Listenspital auf der Spitalliste des Kantons St.Gallen berücksichtigt werden. Davon ausgehend ist für die Jahre 2013 sowie 2014 aufgrund der Frequenz- und Kostenentwicklung mit jährlichen Wachstumsraten von 1.5% auszugehen.			
	– Kinder- und Jugendpsychiatrisches Zentrum Sonnenhof	+3'500'000	+3'550'000	+3'600'000
	Die Veränderungen in den Finanzplanjahren 2012 bis 2014 sind auf die neue Spitalfinanzierung zurückzuführen.			
	– Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienste St.Gallen	+5'025'500	+4'725'500	+4'772'800
	In den Finanzplanjahren 2012 bis 2014 wird von jährlichen Wachstumsraten von 1.0% ausgegangen. Für das Jahr 2012 ist auf Grundlage der strategischen Ausrichtung in der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung und den festgestellten Bedarfs-lücken ein Ausbau der teilstationären Versorgung geplant, ein entsprechendes Konzept mit den zu erwartenden Kostenfolgen muss jedoch vorgängig noch durch die zuständigen politischen Behörden genehmigt werden (bei Genehmigung des Konzepts ist mit Investitionskosten im Jahr 2012 und höheren Betriebskosten ab dem Jahr 2013 zu rechnen).			
	– Kinderschutzzentrum	+1'730'000	+1'760'000	+1'790'000
	Es wird mit jährlichen Wachstumsraten von 1.5% gerechnet.			
	Total	+64'415'500	+65'005'500	+65'952'800

Seite Budget-
Titel Nr.

- 155 **8215 St.Gallische Psychiatrie-Dienste Süd (Globalkredit)**
Aufgrund der Vorlage über die Schaffung von selbständigen öffentlich-rechtlichen Psychiatrie-Verbunden wird ab der voraussichtlichen Inkraftsetzung des entsprechenden Gesetzes per 1. Januar 2012 der Globalkredit für die St.Gallischen Psychiatrie-Dienst Süd als Staatsbeitrag geführt (siehe Konto 8240.360), demensprechend fallen ab diesem Zeitpunkt der Rechnungsabschnitt 8215 und die dazugehörenden Kostenarten weg.
- 156 **8220 St.Gallische Psychiatrische Dienste – Sektor Nord (Globalkredit)**
Aufgrund der Vorlage über die Schaffung von selbständigen öffentlich-rechtlichen Psychiatrie-Verbunden wird ab der voraussichtlichen Inkraftsetzung des entsprechenden Gesetzes per 1. Januar 2012 der Globalkredit für die St.Gallischen Psychiatrischen Dienste – Sektor Nord als Staatsbeitrag geführt (siehe Konto 8241.360), demensprechend fallen ab diesem Zeitpunkt der Rechnungsabschnitt 8220 und die dazugehörenden Kostenarten weg.
- 157 **8221 Heimstätten Wil**
- 301 Besoldungen**
Mehraufwand durch die Schaffung von zusätzlichen Planstellen infolge Aufbau zusätzlich benötigter Betreuungsplätze im Wohnheim für psychisch Behinderte und in der Geschützten Werkstätte, denen Mehrerträge bei den Pauschaltaxen in Konto 8221.460 gegenüberstehen.
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
Mehraufwand für Investitionen in Zusammenhang mit dem geplanten Aufbau zusätzlicher Betreuungsplätze, diesen stehen im Anschaffungsjahr 2012 nur zu einem geringen Teil Mehrerträge bei den Pauschaltaxen im Konto 8221.460 gegenüber. Der Grund liegt in der unterschiedlichen Abschreibungspraxis von Kanton und Interkantonaler Vereinbarung über soziale Einrichtungen (IVSE): Während der Kanton Investitionen bis 3.0 Mio. Franken nicht aktiviert sondern noch im Anschaffungsjahr vollumfänglich abschreibt, werden im Rahmen der IVSE Investitionen über Fr. 3'000 aktiviert und über 5 Jahre abgeschrieben. Das Amt für Soziales, über welches die Pauschaltaxen für die Betreuung ausgerichtet werden, kann jedoch nur die gemäss IVSE vorgeschriebenen Abschreibungssätze anrechnen.
- 313 Verbrauchsmaterialien**
Mehraufwand in Zusammenhang mit dem geplanten Aufbau zusätzlicher Betreuungsplätze (Mehrerträge in Konto 8221.460).
- 315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt**
Mehraufwand in Zusammenhang mit dem geplanten Aufbau zusätzlicher Betreuungsplätze (Mehrerträge in Konto 8221.460).
- 316 Mieten, Pachten und Benützungskosten**
Mehraufwand in Zusammenhang mit dem geplanten Aufbau zusätzlicher Betreuungsplätze (Mehrerträge in Konto 8221.460).
- 319 Anderer Sachaufwand**
Bisher wurden Leistungen, welche durch die St.Gallische Psychiatrische Dienste – Sektor Nord (KPDSN) erbracht wurden, über interne Verrechnung belastet. Mit der rechtlichen Verselbständigung der KPDSN zu einem Psychiatrie-Verbund per 1. Januar 2012 entfällt die Möglichkeit für interne Verrechnungen, die weiterhin von KPDSN erbrachten Leistungen werden deshalb neu über die in diesem Konto geführten Kostenanteile in Rechnung gestellt (mit entsprechendem Minderaufwand im Konto 8221.390).
- 432 Spitaltaxen und Kostgelder**
Mehrerträge in Zusammenhang mit dem geplanten Aufbau zusätzlicher Betreuungsplätze.
- 434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren**
Siehe Begründung zu Konto 8221.319: Auch bei den Erträgen aus internen Verrechnung für erbrachte Leistungen ergibt sich aufgrund der rechtlichen Verselbständigung der KPDSN eine Verschiebung der Erträge aus den internen Verrechnungen (Mindererträge im Konto 8221.490) in dieses Konto.
- 435 Verkaufserlöse**
Mehrerträge in Zusammenhang mit dem Aufbau zusätzlicher Betreuungsplätze in der Geschützten Werkstätte.
- 460 Beiträge für eigene Rechnung**
Mehrerträge in Zusammenhang mit dem Aufbau zusätzlicher Betreuungsplätze.

Seite Budget-
Titel Nr.

- 157 **8230 Spitalverbund 1 – Kantonsspital St.Gallen**
360 Staatsbeiträge
Die Veränderungen in den Finanzplanjahren 2012 bis 2014 sind auf die neue Spitalfinanzierung zurückzuführen (Vergleiche dazu Rechnungsabschnitt 8200): Mehraufwand im Jahre 2012 aufgrund des neuen Kostenteilers zwischen Krankenversicherern und Kanton sowie Einbezug der Investitionskosten, davon ausgehend ist für die Jahre 2013 sowie 2014 aufgrund der Frequenz- und Kostenentwicklung mit jährlichen Wachstumsraten von 1.5% zu rechnen.
- 157 **8231 Spitalverbund 2 – Region Rheintal Werdenberg Sarganserland**
360 Staatsbeiträge
Die Veränderungen in den Finanzplanjahren 2012 bis 2014 sind auf die neue Spitalfinanzierung zurückzuführen (Vergleiche dazu Rechnungsabschnitt 8200): Mehraufwand im Jahre 2012 aufgrund des neuen Kostenteilers zwischen Krankenversicherern und Kanton sowie Einbezug der Investitionskosten, davon ausgehend ist für die Jahre 2013 sowie 2014 aufgrund der Frequenz- und Kostenentwicklung mit jährlichen Wachstumsraten von 1.5% zu rechnen.
- 157 **8232 Spitalverbund 3 – Spital Linth**
360 Staatsbeiträge
Die Veränderungen in den Finanzplanjahren 2012 bis 2014 sind auf die neue Spitalfinanzierung zurückzuführen (Vergleiche dazu Rechnungsabschnitt 8200): Mehraufwand im Jahre 2012 aufgrund des neuen Kostenteilers zwischen Krankenversicherern und Kanton sowie Einbezug der Investitionskosten, davon ausgehend ist für die Jahre 2013 sowie 2014 aufgrund der Frequenz- und Kostenentwicklung mit jährlichen Wachstumsraten von 1.5% zu rechnen.
- 158 **8233 Spitalverbund 4 – Region Fürstenland Toggenburg**
360 Staatsbeiträge
Die Veränderungen in den Finanzplanjahren 2012 bis 2014 sind auf die neue Spitalfinanzierung zurückzuführen (Vergleiche dazu Rechnungsabschnitt 8200): Mehraufwand im Jahre 2012 aufgrund des neuen Kostenteilers zwischen Krankenversicherern und Kanton sowie Einbezug der Investitionskosten, davon ausgehend ist für die Jahre 2013 sowie 2014 aufgrund der Frequenz- und Kostenentwicklung mit jährlichen Wachstumsraten von 1.5% zu rechnen.
- 158 **8240 Psychiatrieverbund Süd, Pfäfers**
360 Staatsbeiträge
Siehe Begründung zu Rechnungsabschnitt 8215. Die Veränderungen in den Finanzplanjahren 2012 bis 2014 sind auf die neue Spitalfinanzierung zurückzuführen (Vergleiche dazu Rechnungsabschnitt 8200): Mehraufwand im Jahr 2012 aufgrund des neue Kostenteilers zwischen Krankenversicherern und Kanton, davon ausgehend ist für die Jahre 2013 sowie 2014 aufgrund der Frequenz- und Kostenentwicklung mit jährlichen Wachstumsraten von 1.5% zu rechnen.
- 158 **8241 Psychiatrieverbund Nord, Wil**
360 Staatsbeiträge
Siehe Begründung zu Rechnungsabschnitt 8220. Die Veränderungen in den Finanzplanjahren 2012 bis 2014 sind auf die neue Spitalfinanzierung zurückzuführen (Vergleiche dazu Rechnungsabschnitt 8200): Mehraufwand im Jahr 2012 aufgrund des neue Kostenteilers zwischen Krankenversicherern und Kanton, davon ausgehend ist für die Jahre 2013 sowie 2014 aufgrund der Frequenz- und Kostenentwicklung mit jährlichen Wachstumsraten von 1.5% zu rechnen.
- 158 **8250 Zentrum für Labormedizin**
460 Beiträge für eigene Rechnung
Ab dem Jahr 2012 fällt der Übergangszuschlag für die erfolgte Tarifiereduktion im Rahmen der Analysenliste weg, der Einnahmefall soll zumindest teilweise durch Rabattkürzungen und Effizienzsteigerungen aufgefangen werden.

Seite Budget-
Titel Nr.

9 Gerichte

- 159 **9001 Kreisgerichte**
- 301 Besoldungen**
Erhöhung pro Jahr um 0.9% gemäss Richtlinien der Regierung.
 - 309 Anderer Personalaufwand**
Mutmassliche Mehrbelastung aufgrund neuer Schweizerischer Zivil- und Strafprozessordnung, in Kraft ab 1. Januar 2011: Ausbau Unmittelbarkeitsprinzip, erhöhte Anforderungen an Protokollierung, längere Verfahren.
- 159 **9002 Kantonsgericht**
- 309 Anderer Personalaufwand**
Revision ZGB betreffend Erwachsenenschutz, Personen- und Kindesrecht: Umbau Instanzenzug.

Beilage

Begründungen und Erläuterungen

Investitionsrechnung

Die Detailzahlen zu den einzelnen Investitionsobjekten können dem Zahlenteil der Investitionsrechnung ab Seite 163 entnommen werden.